



Pro Militia

ZEITUNG DER «PRO MILITIA» VEREINIGUNG EHEMALIGER UND EINGETEILTER ANGEHÖRIGER DER SCHWEIZER ARMEE
 JOURNAL DE «PRO MILITIA» ASSOCIATION D'ANCIENS MILITAIRES ET DE MILITAIRES INCORPORÉS DE L'ARMÉE SUISSE
 GIORNALE DI «PRO MILITIA» ASSOCIAZIONE DI EX MILITARI E DI MILITARI INCORPORATI DELL'ESERCITO SVIZZERO

Neutralität: weiterhin aktuell

Staatspolitische Überlegungen vor dem neuen Sicherheitspolitischen Bericht

Carlo S. F. Jagmetti

«Moskau hat die Gelegenheit genutzt, die NATO öffentlich blosszustellen und als Papiertiger zu entlarven, ohne selbst Konsequenzen befürchten zu müssen...» (Neue Zürcher Zeitung vom 11. August 2008)

Neutralität ist seit Jahren Gegenstand zahlreicher politischer Diskussionen, rechtlicher Gutachten, aller möglichen Publikationen und vieler Streitgespräche. In den Medien gibt es viel darüber zu lesen

und zu hören. Man ist versucht zu glauben, alles sei gesagt worden, was wahrscheinlich auch weitgehend stimmt. Doch flammt die Diskussion jeweils wieder auf, wenn ein zukunftssträchtiges Problem, das unsere Aussenbeziehungen angeht, nach einer Lösung ruft. Die dabei geführte Debatte regt immer wieder zu neuen Stellungnahmen an. So wird die Neutralität auch in absehbarer Zukunft dem Schweizer Volk Gesprächsstoff liefern.

Realistische Aussenbeziehungen pflegen

Die Entwicklung unserer Aussenpolitik im Allgemeinen und der Europapolitik im Besonderen gibt vielen Leuten zu Bedenken Anlass. Von der Sicherheitspolitik ganz zu schweigen, die seit einigen Jahren möglicherweise (um Beni Gafner: *Armee am Abgrund* zu zitieren) auf den Prellbock zufährt. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur sich stetig erweiternden Europäischen Union mit zunehmendem Streben nach einer bedeutenderen Rolle in aussenpolitischen und sicherheitspolitischen Belangen und die Umgestaltung Europas im Anschluss an den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums haben auch die Stellung der Schweiz im internationalen Kontext betroffen. Wenn im weltwirtschaftlichen Gefüge neu aufstrebende (Riesen) Staaten das Bild stark beeinflussen, so bleibt wohl bis auf weiteres die Supermacht USA der geopolitische Hauptakteur.

Ohne die Sorge unserer Aussenpolitik um Menschenrechte, humanitären Beistand, allgemeinen Wohlstand usw. zu vernachlässigen, sollte das Verhältnis zu und die Interessenwahrung gegenüber den wichtigsten Partnern prioritär gepflegt werden. Ob man dies schützt oder nicht, es ist nun einmal so, dass wir uns mit der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten, mit den USA und mit den sicherheitspolitischen Organisationen zurechtfinden müssen. Es genügt heute nicht mehr, den Sonderfall zu pflegen, ohne der gegenwärtigen Lage und den möglichen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Diese Einsicht wird heute wohl kaum mehr ernsthaft bestritten. Die Auseinandersetzung beginnt aber bei

der Zielsetzung und der Wahl der Mittel.

Eigenheiten bewahren – überall mitmachen?

Wenn sogar ein Land wie Frankreich findet, es sei zu klein, um auf der Welt die angestrebte Rolle zu spielen, weshalb es sein Potential in die EU einbringt – was ihm erlaubt, auf der Weltbühne mit den ganz Grossen mitzumachen – so sollte es eigentlich für die vielfach kleinere Schweiz logischerweise heissen, in möglichst allen supranationalen und internationalen Organisationen als Vollmitglied dabei zu sein. Das würde unserem Land gewiss noch nicht die Rolle einer Mittelmacht gewährleisten. Aber, eingebettet in einem Kreis mehr oder weniger gleich Denkender, würde die Schweiz «dazugehören» und in einem gewissen – bestimmt immer bescheidenen Masse – mitgestalten. Also drängte sich diese Lösung recht eigentlich auf, wären da nicht Unabhängigkeit, Volkssouveränität, direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität und andere schweizerische Besonderheiten.

Demnach wäre dem Volk die Grundsatzfrage zu stellen, ob es bereit ist, die Eigenheiten aufzugeben und überall mitzumachen, oder ob es an diesen Eigenheiten festhalten und die Konsequenzen davon tragen will. Rein spekulativ kann man annehmen, dass ein kleiner Teil des Souveräns – vielleicht 20%? – einer völligen Neuorientierung zustimmen würde. Der Rest würde, bei approximativer Extrapolation aus früheren Umfragen, etwa zur Hälfte der wohl irrigen Meinung sein, alles tun zu können, ohne Wesentliches aufzugeben. Die andere Hälfte dürfte an den Eigenheiten unbedingt festhalten wollen und jede weitere Einbindung ins internationale oder gar supranationale Umfeld ablehnen.

Diese Grundsatzfrage ist bisher nie gestellt worden. Sie würde auch ein ordentliches Risiko beinhalten und dürfte je nach Antwort weittragende Konsequenzen nach sich ziehen. Das «überall Mitmachen» könnte zu einer wenig selbständigen Existenz in einem Europa der Regionen innerhalb der EU und der NATO führen oder es könnte gar zu «Suiza no existe» kommen. Nun,

das will ausser einigen wenigen «Visionären» wohl niemand in der Schweiz. Also vermeidet man jede Grundsatzdiskussion und beschränkt sich pragmatisch auf das Mögliche.

EU-Politik der Schweiz

Dieser pragmatischen Politik war in Bezug auf die EU bisher Erfolg beschieden. Der bilaterale Weg hat eine einigermaßen harmonische Entwicklung gestattet, wobei die Schweiz ganz erhebliche Konzessionen machen müssen, sich dadurch aber den Zugang zu den wichtigsten Partnern zumindest auf Zeit hat sichern können. Wolken sind aber schon seit geraumer Zeit aufgezo-gen, und der Druck aus der Zentrale Brüssel und aus Mitgliedstaaten wird zunehmen.

Es wird Mut und Entschlossenheit, aber auch Opferbereitschaft brauchen, um das Verhältnis zur EU auch in Zukunft harmonisch zu gestalten. Ein Beitritt zur EU ist angesichts der innenpolitischen Situation im Moment nicht aktuell. Wenn das Problem aber akut werden sollte, so wird sich die Frage nach dem Weiterbestand der schweizerischen Eigenheiten mit viel mehr Nachdruck stellen, als es viele Politiker und auch Wissenschaftler wahrhaben wollen. Dannzumal wird man um eine ernsthafte Grundsatzdiskussion nicht herumkommen.

Sicherheitspolitik

In Sachen Sicherheitspolitik liegen die Dinge anders, das heisst, die Entwicklung ist bedeutend weniger unter Kontrolle. Wie in EU-Fragen hat zwar das Volk auch abstimmen können, so über bewaffnete militärische Auslandseinsätze und über die Armee XXI. Hätte der Souverän aber seinerzeit klaren Wein eingeschenkt bekommen, so hätten sich kaum Mehrheiten für die beiden Vorlagen gefunden. Was aus der versprochenen Armee XXI geworden ist, kann nicht Gegenstand dieser Ausführungen sein, darf aber nicht unbeachtet bleiben.

Die Auslandseinsätze sind gemäss kompetenten Beobachtern nicht der Weisheit letzter Schluss und entsprechen vor allem den neuen Entwicklungen nicht mehr. Das alles kann wieder korrigiert werden, sofern der politische Wille dazu vorhanden ist. Was schwieriger zu korrigieren wäre, ist die ständig zunehmende Annäherung an die NATO durch die sogenannte Partnerschaft für den Frieden. Diese amerikanische Idee hat in schweizerischen Führungsgremien grossen Gefallen gefunden und wurde umgesetzt unter Umgehung sämtlicher demokratischer Grundsätze. Ein Bundesrat hat das Beitrittsdo-

kument unterschrieben, ohne dass das Parlament eine Möglichkeit zur vorherigen Diskussion gehabt hätte. Von einer Volksbefragung wurde ohnehin Abstand genommen, obwohl die Materie Verfassungsniveau hat und an den Grundfesten der Unabhängigkeit und der Neutralität rüttelt. Daran ändern alle obrigkeitlichen Beteuerungen nichts.

«Partnership for Peace» (PfP) ist eine verbrieft militärische Zusammenarbeit mit der von der Supermacht USA dominierten NATO. In diesem Rahmen hat die Schweiz bereits sehr zahlreiche Vereinbarungen getroffen und sich damit dieser internationalen militärischen Paktorganisation in kleinen Schritten täglich etwas mehr genähert. Dies geschieht weiterhin ohne entscheidende Mitsprache des Parlaments oder gar des Souveräns.

Gefährdete Neutralität

Man kann sich fragen, ob dieses Vorgehen neutralitätsrechtlich tragbar ist. Da die NATO in Afghanistan militärische Operationen betreibt und somit Krieg führt, kann man die Zusammenarbeit mit ihr durchaus als neutralitätswidrig im Sinne der Haager Konventionen betrachten. Ganz sicher ist aber die PfP neutralitätspolitisch untragbar. Dies ergibt sich – sichtbar für die ganze Welt – aus der durch die Zusammenarbeit demonstrierten Parteinahme für die USA – an verschiedenen Orten Kriegspartei – und deren NATO-Partner.

Die Neutralität der Schweiz hat international an Glaubwürdigkeit stark eingebüsst. Die berühmten Guten Dienste sind weniger gefragt. Der Bundesrat hat selber zu dieser Entwicklung beigetragen, vor allem durch die Ablehnung von Anfragen befreundeter Staaten im Balkankonflikt. Seither bröckelt diese Funktion der Schweiz, die gefragt und anerkannt war, zusehends ab, dies wohl bereits als Folge der Neutralitätspolitik der letzten Jahre. Ob das Propagieren einer so genannten aktiven Neutralität (für viele Leute eine *contradictio in adiecto*) und gewisse Auftritte schweizerischer Würdenträger auf der internationalen Bühne in diesem Zusammenhang nützlich sind, sei hier offen gelassen.

Folgerungen

Im Zeitalter der Globalisierung und der neuen und ungewissen Bedrohungen steht es der Schweiz gut an, sich Gedanken zu machen darüber, wie sie sich in einer sich jeden Tag verändernden Welt zurecht finden will. Eine Anpassung an die modernen Gegebenheiten ist unerlässlich. Wie weit dabei Traditionen sowie bewährte Institutionen und Poli-

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Neutralität: weiterhin aktuell	1
Die Armee als politisch-/publizistischer Prügelknabe?	2
Gleiches Recht für alle – oder doch nicht?	2
Gedanken zur Institution Armee	2
Réflexions sur l'institution Armée	3
Esercito: riflessioni sull'istituzione	3
Prioritäten zur Korrektur von Armee XXI und 2008/11	3
Les priorités pour corriger Armée XXI et 2008/11	4
Schwerfällige Führungsstrukturen der Armee	5
Helmut Schmidt und die Führung des VBS	6
Aktion Aktivdienst	6
Buchempfehlung	6
Groupe de Travail Histoire Vécue 1939 – 1945	7
Impressum / «Ich trete bei»	8
Pro Militia bemängelt VBS-Führungsorganisation	9
Pro Militia critique l'organisation de la conduite du DDPS	9
Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates verlangt vom VBS einen Aktionsplan	9
La Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats réclame un plan d'action de la part du DDPS	10
La Commissione della politica di sicurezza del Consiglio degli Stati chiede un piano d'azione al DDPS	10

tiken umgewandelt oder gar aufgegeben werden müssen, ist eine Frage, die «ans Lebendige» geht. Das eine tun, das andere nicht lassen? Die seinerzeitige Krise im Balkan, die traurige Situation in Tschetschenien und die jüngsten militärischen Einsätze in Georgien zeigen leider nur zu deutlich, dass Europa gegen kriegerische Auseinandersetzungen auch heute nicht gefeit ist. Das neu erstarkende russische Imperium scheut sich also nicht, «klassische» zwischenstaatliche Kriege zu führen.

Die alten Bedrohungen dürfen wegen der neuen nicht vergessen werden. Bewaffnete Konflikte, sei es wegen Energieversorgung, Wasserquellen oder sogar territorialen Ansprüchen, sind jederzeit möglich. Dagegen sollte man sich wappnen, und zwar im eigenen Land. Was die Schweiz andererseits für einen Beitrag leisten könnte, um beispielsweise durch militärische Auslandseinsätze die Flucht von Senegalesen nach den Kanarischen Inseln zu unterbinden, ist bei objektiver Betrachtung kaum zu erkennen. Wäre es nicht angezeigt, einen sicherheitspolitischen Marschhalt vorzunehmen, die Illusionen über die Bereitschaft der NATO und von deren Mitgliedstaaten zur Hilfe an die Schweiz in Notfällen abzubauen und sich wieder auf die Nützlichkeit einer möglichst unabhängigen, neutralitätsgerechten und modernen Landesverteidigung zu besinnen?

International mitwirken – Neutralität respektieren

Wirkungsvolle internationale Hilfeleistungen nicht-militärischer Art wären dabei durchaus möglich und sogar wünschenswert. Sie wären dem internationalen Ansehen und der Rolle der Schweiz auch viel förderlicher als die Anwesenheit einiger weniger Schweizergoldaten bei eintönigen Überwachungsaufgaben oder gar eine per definitionem numerisch unerhebliche Teilnahme an Waffengängen unter fremdem Kommando im Ausland. Internationale Zusammenarbeit und Solidarität ja, Teilnahme an militärischen Programmen, schweizerische militärische Übungen oder gar bewaffnete Einsätze im Ausland nein!

Strikte Beachtung des Neutralitätsrechtes und Betreiben einer konsequenten und zurückhaltenden Neutralitätspolitik sind einstweilen und wohl noch für einige Zeit das probate Rezept. Es bleibt zu hoffen, dass der in Aussicht gestellte neue Sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates solchen Aspekten Rechnung trägt und dahinwirkt, dass die Schweiz wieder zu einer wirksamen Landesverteidigung findet, welche der Neutralität Glaubwürdigkeit verleiht. Sollte effektiv eines Tages «der ewige Frieden» ausbrechen, so wird es immer noch früh genug sein, um eine risikoarme politische Kehrtwende vorzunehmen. Bis auf weiteres bleibt aber die Neutralität aktuell.

Carlo S.F. Jagmetti, Dr. iur. und Oberstleutnant im Generalstab a D, war Schweizer Botschafter in Südkorea, bei der EU, in Frankreich und in den USA.

Zur Lage

Die Armee als politisch-/publizistischer Prügelknabe?

Massnahmen und Verbesserungsvorschläge

Pro Militia sorgt sich um den guten Ruf der Milizarmee und wehrt sich gegen undifferenzierte Aussagen, wie «Chaos-Armee» oder «Schrott-Armee». Bitte lesen Sie die in dieser Zeitung abgedruckte Medienmitteilung vom 19. September 2008!

Pro Militia stellt fest, dass die Miliz-Truppenverbände in den Wiederholungskursen trotz mangelnder Unterstützung aus Bundesbern in aller Regel ihre Aufträge erfüllen.

Die Unterschiede zwischen der passiven politischen Armeeführung im Bundeshaus Ost und der aktiven Führung von Truppenverbänden im Wiederholungskurs sind leicht feststellbar. Persönliche Truppenbesuche, wie zum Beispiel bei der Ostschweizer Infanteriebrigade 7 am 30. September 2008 auf der Schwägalp, zeigen einerseits grosse Hingabe und ebensolches Können von Kader und Truppe. Der Einsatz der Brigade-Führungsstaffel aus dem Führungsunterstützungsbaillon 7 und das Schiessen der Artillerieabteilung 47 waren eindrucksvoll. Andererseits bestätigen sich im Gespräch mit den Armeeingehörigen auf allen Stufen die militärbürokratischen und behördlich-politischen Erschwernisse vor allem durch personelle, materielle und finanzielle Lücken.

Trotz aller Besserungsversprechen und Erklärungsversuchen verursachen leider Verteidigungsdepartement (VBS) und Armee weiterhin Ereignisse, die durch die Medien naturgemäss zu berechtigten und unberechtigten Schlagzeilen und Sensationsmeldungen zugespielt werden. Diese führen zu mehrheitlich unerfreulichem Gesprächsstoff und zum Teil verzerrter Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Den Medien die Schuld in die Schuhe zu schieben, greift zu kurz. Es gilt, die Ursache und die Verursacher negativer Vorkommnisse herauszufinden und energisch Abhilfe zu schaffen. Die Milizarmee darf nicht zum politischen und publizistischen Prügelknaben der Nation verkommen, insbesondere nicht durch Fehlleistungen in der Militärverwaltung des VBS.

Eine Delegation von Pro Militia, bestehend aus den Präsidenten bis und seit Mitte 2008 sowie dem Schreibenden, hatte am 18. August 2008 Gelegenheit, durch die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates angehört zu werden. Es ging hauptsächlich um die Beurteilung des gemäss Militärgesetz vorgeschriebenen bundesrätlichen Berichtes zur Überprüfung der Zielsetzungen der Armee. Sie finden in dieser Ausgabe die zusammengefasste Stellungnahme von Pro Militia zu den vordringlichen Korrekturen von Armee XXI und 2008/11.

Hervorgehoben wurden vor allem:

- die problematische Führungsorganisation des VBS,
- die mangelhaften Entscheidungsabläufe im VBS,
- die fragwürdige Auswahl von

- Armeeführern,
- die anhaltende Schwachstelle «Logistik»,
- die Frage «Neuer Sicherheitspolitischer Bericht und/oder neues Armee-Leitbild?»,
- die ungenügende Armee-Bereitschaft infolge fehlender Alarmformationen,
- die militärgesetzwidrige Trennung von Einsatz- und Ausbildungsverantwortung und
- die fehlenden finanziellen Ressourcen.

Pro Militia begrüsst den Entscheid parlamentarischer Behörden, gewisse Bereiche des VBS und die Armee durch die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates begutachten zu lassen. Sie begrüsst weiter, dass die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates aufgrund von Erfahrungen mit der Armee XXI, der Erkenntnisse aus der Übung «STABILO 07» und des Masterplans 2008–2015 der Armee vom Chef VBS einen Aktions- und Zeitplan verlangt. Dieser soll – ausgehend von dem für 2009 angekündigten überarbeiteten Sicherheitspolitischen Bericht – die Entwicklung der Armee aufzeigen, insbesondere Aufträge, Organisation, Mittel und Finanzen. Die diesbezügliche Medienmitteilung der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates vom 17. Oktober 2008 ist auszugswise in der vorliegenden Zeitung wiedergegeben.

Pro Militia erwartet von allen verantwortlichen politischen Instanzen, dass sie nach dem Grundsatz des Primats der Politik klare

Ziele setzen zu einer positiven Weiterentwicklung unserer Milizarmee. Sie setzt dabei voraus, dass alle zuständigen politischen Behörden von Bund und Kantonen ihre Verantwortung ernsthaft wahrnehmen.

Pro Militia hat durch den ehemaligen Planungschef der Armee, Divisionär a D Paul Müller, eine Studie – es ist bereits die dritte – ausarbeiten lassen. In dieser werden insbesondere begründete Verbesserungen der Führungsorganisation des VBS vorgeschlagen. Pro Militia hat diese Studie, datiert vom 26. September 2008, bereits während der Herbstsession den Geschäftsprüfungskommissionen und den Sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat sowie weiteren politischen und militärischen Instanzen und ebenfalls den Medien zur Verfügung gestellt.

In der Neuen Zürcher Zeitung vom 2. Oktober 2008 wurde die Studie «Müller III» sachkundig besprochen. Wir danken auch an dieser Stelle dem Autor und der NZZ für ihre Erlaubnis zum Abdruck in dieser Ausgabe. Wir verweisen auf den entsprechenden Kasten und die Bestellmöglichkeit mittels des beigelegten Formulars.

Ein letzter Hinweis: Inhalt und Umfang der in «Pro Militia» 4/2008 zu publizierenden Beiträge sprengen die übliche Zahl von acht Zeitungseiten. Deshalb ist eine zusätzliche Doppelseite eingelegt. Diese und die erwähnte Beilage ohne Verlust zu unserer geschätzten Leserschaft zu transportieren sind der Grund für die besondere Verpackung der vorliegenden Ausgabe. Wir wünschen Ihnen einen guten Empfang und eine aufschlussreiche Lektüre.

Heinrich L. Wirz

Randbemerkung

Gleiches Recht für alle – oder doch nicht?

Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Armee XXI und um den sogenannten Entwicklungsschritt 2008/11 wurde der frühere Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, nicht müde, die «alten Generäle» immer wieder aufzufordern, endlich zu schweigen.

Wer es aus Sorge um die Zukunft unserer Milizarmee nicht tat, wurde von Herrn Keckeis sehr rasch – offensichtlich mangels anderer Argumente – als «Ewiggestriger» oder «kalter Krieger» abgestempelt.

Nun gehört der erste Chef der Armee bereits selbst zur Gilde der «alten Generäle». Wer geglaubt hatte,

nie mehr etwas von ihm zu hören, ist überrascht, denn Herr Keckeis wird nicht müde, in der Affäre «Schmid-Nef» sich immer wieder zu Wort zu melden. Wo bleibt da der Grundsatz «Gleiches Recht für alle?»

Es gibt dazu höchstens eine Erklärung, wenn vielleicht auch eine gesuchte: Wer seine Memoiren schon während seiner Amtszeit veröffentlicht oder – wie im vorliegenden Fall – sogar veröffentlichen lässt, erwirbt damit offenbar das Recht, sich auch nach seinem Rücktritt weiterhin uneingeschränkt öffentlich zu äussern – oder etwa doch nicht?

Argus

Gedanken zur Institution Armee

Eine Notwendigkeit, aber glaubwürdig und neidvoll Vertrauen weckend

André Liaudat

Jedes Volk hat eine Armee, die eigene oder eine fremde. Von den einen Winston Churchill zugeschrieben, von andern einem finnischen General, gehört diese Selbstverständlichkeit zum «geistigen Notgepäck» eines jeden Offiziers, ja jeder Bürgerin oder jedes Bürgers.

In unserem Land ist unsere Armee eine Milizarmee; das ist eine ausserordentliche Chance.

Glaubwürdigkeit zuerst

Im Ausland schaut man mit grosser Aufmerksamkeit auf unseren Wehrwillen und unsere Fähigkeit, unser Land selber zu verteidigen. Der schweizerische Raum wurde stets in die militärischen Überlegungen unserer Nachbarn einbezogen. Die Glaubwürdigkeit baut auf den Volksabstimmungen oder den Meinungsumfragen zu unserer Armee

auf. Mehr als jede andere schöpft unsere Milizarmee ihre Stärke aus dem Volk. Sie muss sich von ihm getragen wissen, mit Ausnahme von einigen Gruppen.

Milizcharakter

In der Schweiz begegnen wir einer ganz speziellen Besonderheit der Armee: es handelt sich um deren Milizcharakter. Das Volk selbst, der Bürger und die Bürgerin, wird Soldat. Das Volk und die Armee sind eins. Ohne dieses Volk gibt es keine Armee.

Neid auf das berechnete Vertrauen in die Armee

Dieses Vertrauen muss auf verschiedenen Ebenen herrschen. Das Vertrauen des Volkes: Das ganze Volk muss Vertrauen in seine Armee haben, weil es dessen Notwendigkeit erkennt, auch in den heu-

tigen Umständen. Die Umfragen zeigen es auf.

Diese Armee muss glaubwürdig und wirksam sein. Jeder Bürger und jede Bürgerin müssen überzeugt sein, dass ihre Armee robust ist, dass man ihr die beste Ausrüstung zugesteht, um die Aufträge zu erfüllen, die ihr die politischen Gewalten zuweisen. Ist dies zur Zeit wirklich der Fall?

Verantwortung der politischen Gewalt

Meine Damen und Herren des Nationalrats, die Sie das Rüstungsbudget für 2008 zurückgewiesen haben, Sie müssen für die Dezember-Session wirklich den Entscheid bedenken, den Sie treffen werden.

Wie kann man einer Milizarmee, die aus dem Volk stammt, die Rü-

stungskredite verweigern, die für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger nötig sind, und die Aufwertung der F/A-18 ablehnen? Sie treffen das Volk direkt und dies widerspricht jeglicher Logik.

Das Rüstungsprogramm 2008 annehmen!

Die Armee hat ihre Aufgaben und ihre Aufträge, die ihr von den höchsten politischen Gremien übertra-

gen worden sind. Man kann nicht zwei unterschiedliche Richtungen verfolgen. Nach Überlegung müssen wir den folgenden Grundsatz für den Schweizer Soldaten in den Vordergrund stellen: der Dienstpflicht entspricht das Recht, sie mit einer zweckmässigen und hochstehenden Ausrüstung zu erfüllen.

Ich bleibe optimistisch und hoffe bis zur Dezember-Session, dass die Nationalrätinnen und Nationalräte

mehrheitlich über dem Schlachtgetümmel stehen und das Rüstungsprogramm 2008 annehmen werden. Ich spreche nicht von einem Weihnachtsgeschenk, weil die Annahme eine Pflicht und eine Notwendigkeit ist.

André Liaudat, Divisionär a D, ehemaliger Kommandant der Gebirgsdivision 10 und der Territorialdivision 1, Präsident von Pro Militia.

peuple et armée. Sans ce peuple, il n'y a pas d'armée.

Enviée: confiance justifiée dans l'armée

Cette confiance, il faut qu'elle existe à plusieurs niveaux. La confiance par le peuple: Le peuple tout entier doit avoir confiance dans son armée parce qu'il en voit la nécessité également dans le contexte actuel. Les sondages le démontrent. Cette armée doit être crédible et efficace. Chaque citoyen et chaque citoyenne doit avoir la conviction que son armée est solide, que l'on lui accorde les meilleurs équipements pour accomplir les missions données par l'autorité politique. Est-ce vraiment le cas en ce moment?

Responsabilité des autorités

Mesdames et Messieurs du Conseil national qui avez refusé le budget de l'armement pour 2008 vous devez vraiment réfléchir pour la session de décembre sur la décision que vous allez prendre.

Comment peut-on refuser à une armée de milice venant du peuple les crédits d'armement nécessaire pour la protection de nos citoyennes et de nos citoyens et de refuser l'amélioration des F/A-18? Vous les touchez directement et cela est contraire à toute logique.

Accepter le programme d'armement 2008

L'armée a ses tâches et ses missions à accomplir qui lui ont été attribuées par les plus hautes instances politiques. On ne peut pas avoir deux directions différentes. Nous devons, en réfléchissant, mettre en exergue l'axiome suivant pour le citoyen soldat: à l'obligation de servir correspond le droit de le faire avec un équipement adéquat et de qualité.

Je reste optimiste et j'espère jusqu'à la session de décembre que les conseillères et les conseillers nationaux sauront dans leur majorité être au dessus de la mêlée et faire accepter le budget d'armement 2008. Je ne parle pas d'un cadeau de Noël parce que l'acceptation est due et une nécessité. Soyez-en remerciés.

André Liaudat, divisionnaire retraité, ancien commandant de la division de montagne 10 et de la division territoriale 1, est Président de Pro Militia.

Qui est Pro Militia?

Pro Militia est une association d'anciens militaires et de militaires incorporés à l'armée suisse, ainsi que d'autres citoyennes et citoyens qui s'engagent pour la sécurité de notre pays et pour une armée de milice crédible.

André Liaudat, divisionario a riposo, già comandante della divisione di montagna 10 e della divisione territoriale 1, è presidente di Pro Militia.

Chi è Pro Militia?

Pro Militia è un'associazione di ex militari e di militari incorporati nell'esercito svizzero nonché di altri cittadine e cittadini che si impegnano per la sicurezza del nostro Paese e per un esercito di milizia credibile.

Réflexions sur l'institution Armée

Une nécessité, mais crédible et enviée

André Liaudat

Tout peuple a une armée, celle qui lui appartient ou celle d'un autre. Cette évidence attribuée pour les uns à M. Winston Churchill, pour les autres à un général finlandais, fait partie du bagage «littéraire» de tout officier, voire de toute citoyenne ou de tout citoyen. Dans notre Pays, notre armée est de milice, c'est une chance extraordinaire.

Crédibilité d'abord

A l'étranger, on suit avec beaucoup d'attention notre volonté et notre capacité à défendre par nous-mêmes notre Pays. L'espace Suisse a constamment été inclus dans les réflexions militaires de nos voisins. La crédibilité est ainsi constituée par les votations ou les sondages sur notre armée. Plus qu'aucune autre, notre armée de milice puise sa force dans le peuple. Elle doit se savoir

portée par lui, exception faite de quelques groupes.

Caractère de milice

En Suisse, nous rencontrons une particularité toute spéciale de l'armée: c'est son caractère de milice. Nous n'avons pas d'armée professionnelle. C'est le peuple lui-même, le citoyen et la citoyenne qui devient soldat. Il y a identité entre

Esercito: riflessioni sull'istituzione

L'esercito è una necessità, ma deve essere credibile e ammirato

André Liaudat

Ogni popolo ha un esercito, il suo o quello di un altro. Questa citazione, attribuita da alcuni a Winston Churchill e da altri a un generale finlandese, fa parte del bagaglio «letterario» di ogni ufficiale, per non dire di ogni cittadino o cittadina.

Ammirato: fiducia giustificata nell'esercito

La fiducia deve esistere a vari livelli. Per quanto riguarda la fiducia del popolo, è il popolo nel suo insieme che deve avere fiducia nel suo esercito perché ne vede la necessità, anche nel contesto attuale. I sondaggi lo dimostrano.

Approvate il programma d'armamento 2008!

L'esercito ha compiti e missioni che gli sono stati assegnati dalle massime autorità politiche. Non è possibile avere due direzioni diverse.

Nel nostro Paese, l'esercito di milizia è una opportunità straordinaria.

Credibilità innanzitutto

All'estero, si osserva con estrema attenzione la nostra volontà e la nostra capacità di difendere autonomamente il nostro Paese. Lo spazio «Svizzera» è stato costantemente integrato nelle riflessioni militari dei nostri vicini.

La credibilità si costruisce anche con le votazioni e i sondaggi riguardanti il nostro esercito.

Più di ogni altro, il nostro esercito di milizia attinge la sua forza nel popolo. L'esercito deve sapere di poter godere del sostegno del popolo, eccettuate - naturalmente - determinate cerchie.

Carattere di milizia

In Svizzera, l'esercito ha una peculiarità: il suo carattere di milizia. Non disponiamo di un esercito di professionisti. È il popolo stesso - il cittadino e la cittadina - che diventa soldato. Vi è un'identità tra popolo ed esercito. Senza il popolo, non vi è esercito.

L'esercito deve essere credibile ed efficace. Ogni cittadino e cittadina deve avere la convinzione che l'esercito è solido e che lo si vuole dotare dei migliori equipaggiamenti per adempiere le missioni che gli sono assegnate dall'autorità politica. È effettivamente il caso in questo momento?

Responsabilità delle autorità

Signore e signori consiglieri nazionali che avete rifiutato il programma d'armamento 2008, siete invitati a riflettere a fondo in vista della decisione che dovrete prendere nella sessione invernale.

Come si può rifiutare a un esercito di milizia, emanazione del popolo, i crediti d'armamento necessari per proteggere le nostre concittadine e i nostri concittadini e rifiutare il miglioramento degli aerei F/A-18? Ne risulterebbe direttamente pregiudicata la sicurezza di ognuno e ciò è contrario a ogni logica.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates lud neben anderen ausserdienstlichen militärischen Milizvereinigungen Pro Militia zu einer Anhörung am 18. August 2008 ein. Es ging hauptsächlich um die Beurteilung des gemäss Militärgesetz vorgeschriebenen bundesrätlichen Berichtes zur Überprüfung der Zielsetzungen der Armee.* Nachstehend folgt eine Zusammenfassung der durch den vormaligen Präsidenten vorgetragenen Stellungnahme von Pro Militia. Inzwischen hat die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates vom Chef VBS einen Aktions- und Zeitplan über Stand

Per quanto riguarda il cittadino-soldato, le nostre riflessioni devono essere all'insegna del seguente assioma: all'obbligo di prestare servizio militare deve corrispondere il diritto di poter assolvere tale servizio con equipaggiamenti adeguati e di qualità.

Resto ottimista e auspico vivamente che nella sessione invernale la maggioranza dei consiglieri nazionali sappia dimostrare di essere al di sopra delle parti e approvi il programma d'armamento 2008. Non lo considero un «regalo di Natale», poiché l'approvazione è un atto dovuto e una necessità. Esprimiamo già sin d'ora il nostro sentito ringraziamento.

und Entwicklung der Armee verlangt. (Red.)

Der Bericht ist im Gesamteindruck eine wertvolle Grundlage für die parlamentarische Kontrollarbeit. Er enthält viele aufschlussreiche Detailhinweise, weist offen auf Schwächen hin und beinhaltet keine falschen Feststellungen. Auf der anderen Seite fehlt ihm die grosse Linie. Vor allem zeigt er als Zielüberprüfungsbericht zu wenig klar auf, wohin die Entwicklung der Armee führt. Wir vermissen auch klare Prioritäten bei der Behebung der Mängel.

Prioritäten zur Korrektur von Armee XXI und 2008/11

Stellungnahme zur Überprüfung der Zielsetzungen

Jean-Pierre Bonny

1. Problematische VBS-Departementsstruktur

Bewusst an erster Stelle nennen wir einen Bereich, der im Bericht überhaupt nicht erwähnt ist: die punkto Organisation und Entscheidungsablauf höchst problematische Struktur des Departements VBS im Bereich Verteidigung (V) – ein wahrer Verwaltungsmoloch. Viel zu umfangreich, zu kompliziert, dementsprechend unübersichtlich und schwerfällig, zu viele Stäbe, zu viele Hierarchiestufen, zu viele Schnittstellen, zu wenig Klarheit und Durchsicht. Einen Beweis für diese harte Kritik gefällig? Die Geschäftsordnung (GO) VBS von

2006 umfasst volle 110 Seiten, dazu kommt die GO «V» von 60 Seiten und diejenige des Generalsekretariats (GS VBS) mit nochmals 21 Seiten. **Einen solchen Apparat kann man nicht führen.**

Eine wirksame, ziel- und zeitgerechte Führung in Wirtschaft, Verwaltung und Armee erfordert zwingend möglichst knappe und einfache Strukturen. Unsere Armee kann nicht gesund sein, wenn nicht parallel eine Straffung der Strukturen des Departements insbesondere im Bereich «V» erfolgt. Was ich da sage, ist nicht neu. Ich verweise auf den Revisionsbericht Nummer 502 vom 19. Mai 2004, erstellt durch das Inspektorat des VBS, das meines Erachtens klar gesehen hat. Leider wurde dieses Inspektorat in der Folge aufgehoben.

2. Mängel in den VBS-Entscheidungsabläufen

In den gleichen Kontext gehören Mängel in den Entscheidungsabläufen des VBS. Ein konkretes Beispiel: Während Jahrzehnten gab es die Kommission für Militärische Landesverteidigung (KML) – präsiert vom Chef VBS. Ihr gehörten die sieben Korpskommandanten, der Rüstungschef und der Generalsekretär an. Sie war das wichtigste beratende Organ des Chefs VBS und des Bundesrates (BR), tagte monatlich und hatte als ständiges Traktandum die Ernennungen in hohe Armeestellen. Ich wage die Behauptung, dass der «Fall Nef» nie geschehen wäre, wenn es noch eine KML oder ein ähnliches Gremium gegeben und das die Vorschläge zu Händen des BR jeweils sehr kritisch durchleuchtet hätte. Bekanntlich hat ein Art von Schattenkabinet, dessen Zusammensetzung sehr diskutabel war, diese Ernennung vorbereitet.

Wohlverstanden: Wir können das Rad nicht einfach zurückdrehen und tel quel eine neue KML verlangen. **Der Chef VBS braucht aber als Gesprächspartner wieder ein Gremium, das die Armee in ihrer Breite und Tiefe repräsentiert.** Es wäre zu prüfen, ob dieses sich zum Beispiel – präsiert durch den Chef

VBS – aus dem Chef der Armee (CdA) / eventuell Generalstabschef (GSC), den Chefs Heer und Luftwaffe, dem Rüstungschef und je einem Vertreter der Kampfbrigaden, der Lehrverbände sowie der Logistikbasis zusammensetzen könnte.

3. Qualität und Auswahl der Armeeführer

Die Glaubwürdigkeit der Armee steht und fällt mit der Qualität und Integrität der Armeeführer. Deren Auswahl kommt daher allerhöchste Bedeutung zu. Mit der Armee XXI gab es leider einige personelle Fehlentscheide. Ich komme nicht auf den «Fall Nef» zurück.

Die Wahl des bisherigen Kommandanten Luftwaffe war auch eine Fehlbesetzung und zwar nicht nur wegen des Bootsunglücks auf der Kander. Vor allem meine ich aber die Ernennung des Chefs Logistikbasis der Armee, einer Schlüsselfunktion. Er war ein Quereinsteiger. Wenn man nur einigermaßen seriöse Abklärungen über sein vorheriges Wirken in der Privatwirtschaft eingezogen hätte, wäre er als Logistikchef wohl kaum ernsthaft in Frage gekommen.

4. Schwachstelle Logistik

Ein weiterer Bereich, wo dringlich Remedur geschaffen werden muss, ist – wie angetönt – die Logistik. Wir anerkennen, dass der Bericht auf diese fundamentale Schwäche hinweist. Wenn nun unter Ziffer 4.1.4 gesagt wird: «Der nach dem Stellenabbau bei der Logistikbasis der Armee noch verfügbare Personalbestand reicht nicht aus, um die erforderlichen logistischen Leistungen erbringen zu können. Bis 2011 fehlen über 1000 Personaleinheiten», dann müssen alle Alarmglocken läuten.

Man hat die sogenannten Optimierungsmassnahmen eingeleitet. Das allein genügt aber nicht. Die Lücken und Mängel sind derart, dass noch viel, sehr viel Zeit vergehen wird, bis sie geschlossen und behoben werden. **Ohne funktionierende**

Logistik ist die Armee, ist jede Armee untauglich. Wenn wir die harte Feststellung machen, die Armee sei nicht einsatzbereit, dann rechtfertigt sich dies allein schon unter dem Titel «Logistik».

5. Neues Armee-Leitbild anstatt neuer Sicherheitspolitischer Bericht?

Der BR hat am 2. Juli 2008 den Auftrag zur Überarbeitung des Berichts über die Sicherheitspolitik der Schweiz erteilt. Eine Medienmitteilung gleichen Datums liegt vor. Ein Allerweltsgremium soll alles überprüfen und überarbeiten, aber – so der BR – an den Grundzügen der bisherigen Strategie nichts ändern.

Ich finde es schade für Zeit und Geld, die diese Leerlaufübung erfordert, welche wieder bei Adam und Eva beginnen wird. Was dagegen dringend nötig wäre, ist ein neues Leitbild für die Armee mit den aus der Bundesverfassung abgeleiteten Aufträgen. Dieses Leitbild muss den modernen Gegebenheiten und den zutage tretenden Schwächen von Armee XXI und Entwicklungsschritt 2008/11 Rechnung tragen, klare, realisierbare Prioritäten setzen und Vorgaben für die Straffung des VBS geben.

6. Fehlende Alarmformationen

Auf strategischer und operativer Ebene sehen wir folgende Priorität: Aus an sich richtigen Erkenntnissen sollten auch die logischen Konsequenzen beim Armeeaufbau rigoros gezogen werden. Wir finden es zum Beispiel richtig, dass in der Bedrohungsanalyse die Gefahr terroristischer Anschläge heute an vorderster Stelle steht; wir stimmen auch dem Konzept der Raumsicherung als integrierender Teil der Verteidigung zu. **Hat man in der Armee XXI und im Entwicklungsschritt 2008/11 die Konsequenzen gezogen?** Leider nicht – unglücklich, aber wahr. Die Armee XXI hat schlicht die Alarmformationen «Zürich-Kloten», «Genf-Cointrin» und «Bern-Bundesstadt», alles po-

tentielle terroristische Ziele par excellence, aufgehoben.

Die Übung «AEROPORTO 05», der ein Anschlag auf den Flughafen Kloten zugrunde lag, hat gezeigt, dass es **volle fünf Tage** brauchte, bis ein schon im Dienst befindlicher Verband vor Ort einigermassen eingerichtet war, natürlich ohne eingeübte Übungen. Da ist jeder Kommentar überflüssig. Ähnliches gilt für die «Raumsicherung». Im Entwicklungsschritt 2008/11 wurde zustande gebracht, 40 Prozent unserer Fliegerabwehrverbände zu streichen. Glaubt man im Ernst, dass Raumsicherung ohne genügende Luftabwehr betrieben werden kann?

7. Gesetzwidrige Trennung von Einsatz- und Ausbildungsverantwortung

Die mit der Armee XXI eingeführte Trennung von Einsatz- und Ausbildungsverantwortung ist klar gesetzeswidrig. Artikel 48 «Ausbildung und Einsatz der Truppen» des Militärgesetzes lautet: «Die Truppenkommandanten sind für die Ausbildung und Einsatz der ihnen unterstellten Truppen verantwortlich». Diese Trennung ist zudem nach militärischer Doktrin nicht verantwortbar.

Näheres findet sich, um eine massgebende ausländische Stimme zu nennen, in einem inhaltlich, ethisch und sprachlich brillanten Referat über «Führungskultur», das General Wolfgang Schneiderhan, Generalinspekteur der Deutschen Bundeswehr, kürzlich in Berlin gehalten hat. Mit der Aufhebung dieser gesetz- und praxiswidrigen Trennung könnte unseres Erachtens auch der unsäglichen Spielerei mit der sogenannten Modularität der Truppenverbände und den personellen Überbeständen der Kompanien und Bataillone, die in Führung und Ausbildung der Truppe grosse Probleme verursachen, entgegengewirkt werden.

8. Ungenügende finanzielle Ressourcen

Ein letzter Punkt: Ob unsere Armee glaubwürdig ist oder nicht, entscheiden nicht politische und doktrinaire Diskussionen, sondern ein einziges Kriterium: die umfassende Einsatzbereitschaft. Sie ist das Mass aller Dinge in der Sicherheitspolitik. Diese hat aber auch ihren Preis. Man kann die vitalen Probleme beim militärischen und zivilen Berufspersonal nicht lösen, die Mängel bei der Logistik nicht beheben, wenn man die Frage der **finanziellen Ressourcen** ausklammert.

Ich habe mir die Mühe genommen, die Staatsrechnungen 2004-2007 bei den acht klassischen Ausgaben Gruppen zu vergleichen. Während beim VBS 1.9 Milliarden Franken zusammengestrichen wurden, gibt es Ausgabenbereiche, die in diesem Zeitraum eine Aufstockung von 1 Milliarde, ja in einem Fall sogar von 3 Milliarden erfahren haben. Da soll mir niemand sagen, dass die in der Armee anstehenden Probleme aus finanziellen Gründen nicht lösbar sind. Das allerdings bedingt zwei Voraussetzungen: Klare Definition der Prioritäten für die Armee und die Entschlossenheit der politischen Instanzen (Parlament und Bundesrat), die anstehenden Probleme zu lösen.

Die aus Platzgründen unvollständige Beurteilung aus der Sicht von Pro Militia schliesse ich mit einem kurzen Zitat von Pierre Mauroy, Ministerpräsident in der Ära «Mitterrand» und ehemaliger Präsident der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs: «Un Etat sans Armée n'est pas un Etat.»

*Jean-Pierre Bonny,
ehemaliger Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates,
Präsident von Pro Militia
bis 30 Juni 2008.*

*08.021
Überprüfung der Zielsetzungen der Armee. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes vom 13. Februar 2008.

Les priorités pour corriger Armée XXI et 2008/11

Prise de position sur l'examen des objectifs de l'armée

Jean-Pierre Bonny

Pour le 18 août 2008, la Commission de la politique de sécurité du Conseil national avait invité, parmi d'autres associations militaires de la milice hors du service, Pro Militia à une audition. Il s'agissait essentiellement de l'appréciation du rapport du Conseil fédéral pour l'examen des objectifs de l'armée * que la Loi militaire prescrit. L'ancien président de Pro Militia y présenta sa prise de position, dont vous trouverez ci-dessous le résumé. Depuis, la Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats a exigé du chef du DDPS un plan horaire et d'action concernant l'état et le développement de l'armée. (réd.)

L'impression générale que le rapport donne est une base précieuse pour le travail de contrôle du Parlement. Il contient beaucoup de renvois de détail instructifs, indique ouvertement les faiblesses et ne fait pas de constatations fausses. Par contre, il lui manque la grande ligne. Comme rapport d'examen des objectifs, il démontre trop peu clairement vers où le développement mène l'armée. De surcroît, nous regrettons le manque de priorités claires pour remédier aux défauts.

1. Structure problématique du Département

A dessein, nous mentionnons au premier plan un domaine qui ne fi-

gure même pas dans le rapport: la structure fort problématique, du point de vue de l'organisation et des procédés décisionnels, du Département DDPS dans le domaine de la défense (D) – une vraie pieuvre administrative. Bien trop volumineux, trop compliqué, donc peu clair et lourd, trop d'états-majors, trop d'échelons hiérarchiques, trop peu de clarté et de transparence. Preuve à l'appui pour cette critique sévère? Le Règlement Interne (RI) DDPS de 2006 comprend pas moins de 110 pages; s'y ajoute le RI «D» de 60 pages et celui du secrétariat général (SG DDPS) de 21 pages en sus. Il est impossible de conduire un tel appareil.

Dans l'économie, l'administration ou à l'armée, une conduite efficace,

axée vers les objectifs et les délais, exige ultimativement des structures autant que possible succinctes et simples. Notre armée ne pourra guérir sans qu'il y ait parallèlement une rationalisation des structures du Département, notamment dans le domaine «D». Ce que je viens de dire n'est pas nouveau. Je renvoie au rapport de révision numéro 502 du 19 mai 2004, établi par l'inspektorat du DDPS qui, à mon avis, y voyait clair. Malheureusement, cet inspektorat a été supprimé par la suite.

2. Défauts dans les procédés de décision

Dans le même contexte se situent également des défauts dans les procédés de décision du DDPS. Un exemple concret: Durant des décennies, il existait la Commission de défense militaire (CDM) – présidée par le chef du DDPS. Y siégeaient les sept commandants de corps, le chef de l'armement et le secrétaire général. Elle était le plus important organe consultatif du chef DDPS et du Conseil fédéral, siégeait chaque mois avec, à chaque ordre du jour, les nominations aux hauts postes de l'armée. J'ose

prétendre que «l'affaire Nef» ne serait jamais produite si avait encore existé une CDM ou un organe similaire qui aurait méticuleusement scruté les propositions au Conseil fédéral. Il est notoire que cette nomination a été préparée par un cabinet dans l'ombre, dont la composition était très discutabile.

Bien entendu, nous ne pouvons faire marche arrière et exiger tel quel une nouvelle CDM. **Mais le chef du DDPS a besoin, en qualité d'interlocuteur, d'un organe qui représente l'armée en toute sa pluralité et sa profondeur.** Il vaudrait la peine d'examiner si celui-ci pourrait – présidé par le chef DDPS – être composé du chef de l'armée (CdA) / éventuellement le chef de l'état-major général, des chefs des Forces Terrestres et Aériennes, du chef de l'armement et d'un représentant des brigades de combat, d'un des formations d'application et d'un de la base logistique.

3. Qualité et choix des dirigeants de l'armée

La crédibilité de l'armée dépend de la qualité et de l'intégrité de ses di-

rigeants. Leur choix revêt donc une importance primordiale. Avec Armée XXI, quelques fausses décisions ont malheureusement été prises. Je ne reviendrai pas sur «l'affaire Nef».

La nomination du chef des Forces Aériennes était également erronée, non seulement eu égard à l'accident sur la Kander. Mais avant tout j'ai en vue la nomination du chef de la base logistique de l'armée, une fonction clé. Il venait de l'extérieur. Si on avait pris des renseignements, en quelque sorte sérieux, sur son activité précédente dans l'économie privée, il ne serait probablement pas entré en ligne de compte comme chef de la logistique.

4. Point faible: la logistique

Un autre domaine qui a d'urgence besoin de remèdes – j'y reviens – est la logistique. Nous reconnaissons que le rapport fait allusion à cette faiblesse fondamentale. Mais lorsque le chiffre 4.1.4. formule: «Après la réduction des emplois de la base logistique de l'armée, l'effectif en personnel ne suffit plus pour fournir les prestations logistiques nécessaires. Jusqu'en 2011, plus de 1000 unités en personnel manquent», tous les tocsins doivent sonner.

On a entamé les mesures dites d'optimisation. Mai cela ne suffit pas. Les lacunes et les défauts sont tels qu'il faudra du temps, beaucoup de temps jusqu'à ce que l'on les ait comblées et réparées. **Sans une logistique qui fonctionne,**

l'armée, chaque armée est inapte. Si nous formulons le constat que l'armée n'est pas prête à l'engagement, la seule «logistique» suffit pour le justifier.

5. Nouveau Plan directeur de l'armée au lieu d'un nouveau Rapport de politique de sécurité?

Le 2 juillet 2008, le Conseil fédéral a donné la mission de remanier le Rapport sur la politique de sécurité de la Suisse. Un communiqué aux médias en même date existe. Une équipe de personnes passe-partout devrait tout réexaminer et remanier, mais – selon le Conseil fédéral – sans modifier le fonds de la stratégie actuelle.

J'ai de la peine face au temps et à l'argent que cet exercice superflu coûtera, et qui repartira chez Adam et Eve. Ce qu'il faudrait par contre d'urgence est un nouveau Plan directeur de l'armée avec les missions qui découlent de la Constitution fédérale. Ce Plan directeur doit tenir compte des données modernes et des faiblesses apparues d'Armée XXI et de l'étape de développement 2008/11, doit fixer des priorités claires et réalisables et donner des bases pour la rationalisation du DDPS.

6. Formations d'alarme manquantes

Aux niveaux stratégique et opérationnel, nous voyons la priorité suivante: Il faudrait tirer d'intelligences en soi justes rigoureusement les conséquences logiques pour la struc-

ture de l'armée. Ainsi, nous considérons justifié que l'analyse de la menace mette aujourd'hui le danger d'attaques terroristes au premier plan; nous adhérons également au concept de la sûreté sectorielle en tant que part intégrale de la défense. **A-t-on tiré dans Armée XXI et pour l'étape de développement 2008/11 les conséquences?** Malheureusement pas – incroyable, mais vrai. L'Armée XXI a tout simplement dissous les formations d'alarme «Zurich-Kloten», «Genève-Cointrin» et «Berne-capitale», tous de prédilection des objectifs terroristes en puissance.

L'exercice «AEROPORTO 05», qui partait d'une attaque terroriste contre l'aéroport Kloten, a démontré qu'il fallait cinq jours entiers jusqu'à ce qu'une formation déjà en service y soit plus ou moins installée, toutefois sans exercices rodés. On se passe de tout commentaire. Il en va presque de même de la «sûreté sectorielle». Par l'étape de développement 2008/11, on a «réussi» à biffer 40 pour cent de nos formations de défense contre avions. Croit-on véritablement pouvoir faire fonctionner la sûreté sectorielle sans suffisamment de défense antiaérienne?

7. Séparation illégale des responsabilités d'engagement et d'instruction

La séparation introduite par Armée XXI des responsabilités d'engagement et d'instruction est clairement illégale. Article 48 de la Loi militaire dit: «Les commandants de troupe sont responsables de

l'instruction et de l'engagement des troupes qui leur sont subordonnées.» En outre, la doctrine militaire considère cette séparation comme irresponsable.

On trouve des détails, pour citer une source compétente étrangère, dans une conférence, brillante des points de vue contenu, éthique et linguistique, sur «La culture de la conduite» du général Wolfgang Schneiderhan, inspecteur général de la Bundeswehr allemande, tenue récemment à Berlin. En abolissant cette séparation contraire à la loi et à la pratique on pourrait, de notre avis, contrer l'enfantillage avec la soi-disant modularité des formations et les effectifs trop forts des compagnies et des bataillons qui causent de gros problèmes pour leur conduite et leur instruction.

8. Ressources financières insuffisantes

Un dernier point: Ce ne sont pas des discussions politiques ou doctrinaires qui décident si notre armée est crédible, mais uniquement un seul critère: son état de préparation à l'engagement. C'est la mesure de tout dans la politique de sécurité. Mais elle a son prix. On ne peut pas résoudre les problèmes vitaux du personnel professionnel, tant militaire que civil, ni remédier aux défauts de la logistique si l'on exclut la question des **ressources financières.**

Je me suis donné la peine de comparer, dans les comptes fédéraux de 2004 à 2007, les huit groupes classiques des dépenses. Tandis qu'on a

réduit le DDPS de 1,9 milliards de francs, il existe des domaines de dépenses qui ont obtenu pendant cette période 1 milliard de plus, voire dans un cas même 3 milliards. Que personne ne me dise donc que les problèmes qui guettent l'armée ne peuvent pas être résolus pour des raisons financières. Mais cela dépend de deux conditions: une définition claire des priorités pour l'armée ainsi que la détermination des instances politiques (Parlement et Conseil fédéral) de résoudre les problèmes en suspens.

Je voudrais clore cette appréciation par Pro Militia, nécessairement incomplète pour des raisons d'espace, par une brève citation de Pierre Mauroy, premier-ministre à l'époque «Mitterrand» et ancien président du Parti socialiste français: «Un État sans Armée n'est pas un État.»

Jean-Pierre Bonny,
ancien président de la Commission de la politique de sécurité du Conseil national, Président de Pro Militia jusqu'au 30 juin 2008.

* 08.021 Examen des objectifs de l'armée. Rapport du Conseil fédéral à l'intention de l'Assemblée fédérale, conformément à l'article 149b de la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire du 13 février 2008.

Wer ist Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für eine glaubwürdige Milizarmee einsetzen.

Schwerfällige Führungsstrukturen der Armee

Verbesserungsvorschläge eines früheren Planungschefs

Bruno Lezzi

Der ehemalige Unterstabschef Planung der Armee, Paul Müller, unterbreitet in einer von Pro Militia publizierten Studie Vorschläge zu einer Optimierung der Führungsstrukturen der Armee. Die Truppe soll wieder vermehrt an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Über Führungsdefizite und strukturelle Unebenheiten im Verteidigungsdepartement (VBS) und in der Armee wird zwar viel gesprochen und geschrieben. Kritiker sind aber nur selten in der Lage, den Finger auf wirklich wunde Punkte zu legen. Soeben ist eine Studie erschienen, die einen sachkundigen Beitrag für eine Diskussion dieser Thematik liefert. Im Auftrag von Pro Militia, der Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee, hat Paul Müller die gegenwärtig im VBS herrschende Lage mit generalstäblicher Akribie analysiert. Als ehemaliger Unterstabschef Planung der Armee und früherer Kommandant der Felddivision 5 kennt Müller sowohl die Verwaltung als auch die Belange der Truppe aus langjähriger Praxis. Seine instruktiv illustrierte Arbeit ist kritisch, sie

füsst aber nicht auf vorgefassten Meinungen und schon gar nicht auf überholten Vorstellungen. Ganz einfach ist die Lektüre dieses Dokuments freilich nicht, braucht es doch dazu einige Kenntnisse der Führungsabläufe in Vergangenheit und Gegenwart.

Armeechef oder Generalstabschef?

In einem ersten Teil seines zwanzig Seiten umfassenden Papiers schildert Paul Müller die Entwicklung der Führungsstrukturen und der Führungsabläufe im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) bzw. im VBS. Müller diagnostiziert, dass im Zuge der Reformschritte der letzten Jahre die Milizarmee immer mehr an den Rand gedrängt worden ist. Waren in der Kommission für militärische Landesverteidigung des EMD die Korpskommandanten zusammen mit den militärischen und zivilen Führungsspitzen unter Leitung des Departementschefs am Entscheidungsprozess beteiligt, vertritt heute nur noch der Chef der Armee deren Belange in der VBS-Geschäftsleitung. Und auch im sogenannten Armeechefungsrapport im Bereich Vertei-

digung ist die Truppe nicht unmittelbar vertreten. Müller erachtet es deshalb als nötig, dieses Gremium zu erweitern und auch den Verteidigungsminister darin einzubinden. Gemäss der Studie verfügt der Armeechef, der sowohl für seine eigenen Vorgaben wie für deren Umsetzung verantwortlich ist, über zu viele Befugnisse. Ungeklärt ist auch die Einsatzführung, die im Ernstfall in Analogie zu ausländischen Modellen einem «Joint Force Commander», das heisst: einem Befehlshaber, der Formationen des Heers und der Luftwaffe führt, übertragen werden soll. Ein solches Modell ist, wie Müller richtigerweise erklärt, auf die Führung grosser nationaler oder multinationaler Task-Forces zugeschnitten, aber sicher nicht die geeignete Struktur für die doch sehr begrenzten schweizerischen Verhältnisse. Das hat sich nicht zuletzt 2007 in der Übung «Stabilo» gezeigt. Eine solche Aufgabe falle dem Chef der Armee zu, der dafür über den Führungsstab verfüge, schreibt der Autor. Er lässt im Weiteren offen, ob es nicht besser wäre, künftig wieder zu einer Führungsstruktur mit einem Generalstabschef zurückzukehren und damit auf

den Armeechef zu verzichten. Seiner Ansicht nach haben beide Organisationsformen Vor- und Nachteile. Für Müller ist aber klar, dass das Aufgabenfeld des Armeechefs begrenzt werden muss, wenn man an ihm festhalten will.

Verzicht auf Teilstreitkräfte-Modell?

Hingegen ist Müller überzeugt, dass auf das Teilstreitkräfte-Modell verzichtet werden muss. Das Heer soll in Angleichung an die frühere Struktur mit einem Ausbildungschef an der Spitze nur noch für die Ausbildung in den Lehrverbänden und allenfalls für die Höhere Kaderausbildung zuständig sein. Auch in seiner neuen Gliederung entspricht das Heer nicht den Anforderungen an eine überzeugende Führungsorganisation. Die heutige Kaskade mit ihren langen Befehlswegen ist viel zu schwerfällig, als dass sie die gewünschte Flexibilität ermöglichen würde. In dieser Hinsicht teilen nicht wenige aktive Offiziere im Generalsrang die Bedenken Müllers. Bezüglich der Aufhebung des Teilstreitkräfte-Modells und auch in Bezug auf die Umwandlung der Luftwaffe in einen «Luftwaffenverband» lässt sich Müller jedoch von zu strikten Ideen leiten. Auch wenn Heere, wie dies in anderen Ländern der Fall ist, keine Kommandofunktionen haben, sondern als sogenannte «force providers» wirken, wird von Teilstreitkräften gesprochen. Hingegen ist die Anregung prüfungswert, die Brigaden den gegenwärtig oft unterbeschäftigten Territorialregionen oder neuen Militärkommandos zu unterstellen. Deren Chefs könnten Ein-

satz in die höchsten Entscheidungsgremien nehmen.

Bessere Laufbahnplanung

Gleichzeitig erhielt man damit eine Pyramide, die der Laufbahnplanung für hohe und höchste militärische Funktionen sehr zugutekäme. Die heutigen Probleme bei der Suche nach Anwärtern auf die Posten von Armeechef, Kommandant Heer und Kommandant Luftwaffe ergeben sich unter anderem auch deshalb, weil die Brigadekommandanten, die hauptsächlich auf taktischer Stufe arbeiten, über zu geringe Erfahrungen verfügen, um Funktionen zu übernehmen, die an Schnittstellen zwischen Politik und Militär angesiedelt sind. Mit der Schaffung einer Zwischenstufe liesse sich dieser Mangel zumindest teilweise beheben. Diese organisatorische Massnahme müsste zwingend durch eine bessere und vor allem langfristig konzipierte fachliche und intellektuelle Vorbereitung ergänzt werden. So werden beispielsweise in den britischen Streitkräften Offiziere, die als potenzielle Generäle erkannt werden, bereits frühzeitig auf die Übernahme von Schlüsselfunktionen eingespart.

Bruno Lezzi,
Oberst im Generalstab,
ist Inlandredaktor bei der NZZ.

© 2008 Neue Zürcher Zeitung

Die Redaktion von «Pro Militia» dankt dem Verfasser und der NZZ für die Erlaubnis zum Abdruck aus Nr. 228 vom 2. Oktober 2008.

Helmut Schmidt und die Führung des VBS

Welche Erkenntnisse und Lehren aus einem neuen Buch?

Simon Küchler

Eine Verbindung des früheren Bundeskanzlers der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, zum schweizerischen Verteidigungsdepartement (VBS) mag auf den ersten Blick gewagt erscheinen und erstaunen.

Doch wer das neueste Buch von Helmut Schmidt* liest, der findet eine Menge von Erkenntnissen, die man in einer neuen VBS-Struktur umsetzen oder künftig zu mindest beachten sollte.

Zum Führungsteam

Schmidt sagt dazu folgendes (S. 48 ff.): «Je grösser ein Ministerium oder eine Regierung ist, desto mehr braucht die Person an der Spitze ein loyales, ihr persönlich ergebenes inneres Führungsteam.» Schon diese Aussage setzt hinter die Einmann-Spitze des schweizerischen «Chefs der Armee» ein grosses Fragezeichen.

Schmidt spricht von seinem Team als einem vierblättrigen Kleeblatt und definiert ein hohes Anforderungsprofil. Als Schmidt Verteidigungsminister war, setzte sich sein Beratungsstab aus den drei Staatssekretären des Ministeriums und einem Minister zusammen. Dazu gesellte sich von Fall zu Fall der Generalinspekteur der Bundeswehr. Das war keine ad-hoc-Findungskommission wie bei der gescheiterten Wahl des zweiten Armeechefs, sondern das waren Funktionsträger, die sich mit den anstehenden und zu lösenden Problemen permanent befassten. In der

Schweiz kennen wir keine vergleichbaren Staatssekretäre; bei uns haben früher im Wesentlichen die Korpskommandanten diese Aufgabe wahrgenommen.

Als Bundeskanzler hat Schmidt an seinem Vierer-Führungsteam festgehalten. Wir erinnern uns bestens an die damals geläufigen Namen wie Klaus Bölling, Manfred Schüler und Hansjörgen Wischnewski, die mit dem Kanzler das Vierer-Kleeblatt gebildet haben. Dazu kamen zu den Sitzungen je nach Problemstellung der Finanzminister, der Aussenminister oder der Justizminister.

Entscheidungsablauf

Zum Entscheidungsprozess schreibt Schmidt: «Im eigentlichen Kleeblatt im Kanzleramt gab es erst schonungslos offene Kritik, häufig auch Dissens, sodann Diskussion, schliesslich aber Entscheidung und Konsens.» An anderer Stelle sagt er: «Zuhören zu können ist eine Tugend, die jedem Politiker dringend zu wünschen ist.» Oder: «Lernfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Demokratie können nur gedeihen in einem Klima, in dem Konflikt und Streit selbstverständlich sind.» Schmidt zitiert Wischnewski, der ihm oftmals gesagt hat: «Helmut, das kannst Du nicht machen», und jedes Mal recht gehabt habe.

Wo geschieht solches im VBS? Wenn wir dort die Entscheidungsprozesse betrachten, so liegen diese meilenweit entfernt von der Arbeitsweise des früheren Bun-

deskanzlers Schmidt. Zu einem ist interne Kritik à priori verpönt – sie wurde vom ersten Chef der Armee sogar geahndet. Zum andern fehlt ein kompetentes und hochrangiges Entscheidungsfindungsgremium.

Klare Zuständigkeiten und Subsidiaritätsprinzip

Helmut Schmidt ist und war seit jeher ein begnadeter Analytiker, der die Probleme messerscharf strukturieren, aber auch verbal präzise darlegen kann. Für ihn waren die Fragen der Zuständigkeiten und der Subsidiarität von entscheidender Wichtigkeit. Als Verteidigungsminister musste er feststellen, dass Funktionäre seines Ministeriums direkt Weisungen an die Truppe erlassen hatten. Er untersagte dies kategorisch und legte fest, dass die Prinzipien der Hierarchie strikte einzuhalten seien und vor allem, dass im Geiste des Subsidiaritätsprinzips neben den bestehenden Reglementen nur solches von oben zu bestimmen sei, was der Unterstellte nicht selber entscheiden könne. «Subsidiär heisst auf Deutsch hilfsweise», so Schmidt.

Wenn wir heute in unserer Armee auf der Basis «Führung ab Bern» beurteilen, was alles an Papier auf die Truppe niederprasselt, so hat dies mit Respektierung der Hierarchie und mit Subsidiarität wenig bis nichts zu tun. «Die Milizarmee ist im Rahmen der Armee XXI zur Verwaltungsarmee geworden», sagt ein aktiver Miliz-Brigadekommandant, der weiss, wovon er spricht.

Mann der klaren Linie und der Redlichkeit

Helmut Schmidt scheute sich nie, mit seiner Partei in Konflikt zu treten, wenn er von der Richtigkeit einer Sache überzeugt war. Er tat dies als Finanzminister, als er erkannte, dass die von Bundeskanzler Willy Brandt versprochenen Sozialleistungen nicht zu finanzieren waren. Er tat dies als Bundeskanzler, als er gegen die eigene Parteilinie den mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing entwickelten Nato-Doppelbeschluss durchsetzte. Für ihn waren die Verpflichtung der Sache gegenüber und die Redlichkeit unantastbare Prinzipien seines politischen Handelns.

Was sich demgegenüber in der Schweiz rund um die Armee abspielt, müsste Schmidt ein Gräuel gewesen sein. So ist die Armee heute Gegenstand (partei) politischer Machtkämpfe geworden; was mit Sachbezogenheit und Redlichkeit wenig mehr zu tun hat. In vielen Bereichen ist die Redlichkeit bereits in den Begriffen verschwunden. So hat kürzlich im Armeeausbildungszentrum (AAL) Luzern wiederum eine Tagung mit dem hochtrabenden Titel «Chance Miliz» stattgefunden. Es dürfte die sechste oder siebente gewesen sein, aber noch keine dieser Tagungen hat die Situation der Miliz auch nur um einen Deut verbessert. Der Wandel von der Miliz- zur von Bern aus geleiteten Verwaltungsarmee geht trotz schöner Tagungen unbeirrt weiter.

Reform über Reform

Oder man spricht, um das Wort «Reform» zu vermeiden, beharrlich vom «Entwicklungsschritt 2008/11», obwohl dieser Schritt sowohl konzeptionell wie auch in den Strukturveränderungen sich als weitere Reform erweist. Hunderte von Milizoffizieren fragen sich, warum sie so kurz nach der Reform

«Armee XXI» schon wieder ihre Funktion verlieren oder – wenn es gut geht – eine neue übernehmen müssen? Oder noch schlimmer: Warum sie in die Reserve versetzt werden und nie mehr Truppen führen dürfen?

Ist es redlich, wenn trotz der massiven Veränderungen durch den Entwicklungsschritt 2008/11 viele Politiker noch immer vorgeben, es gehe nun darum, die Armee XXI umzusetzen? Davon sind wir heute weit entfernt, wenn wir das Armeeleitbild XXI als Basis für das damalige Referendum nochmals konsultieren. Aus der geplanten Hochtechnologie-Armee XXI, die das gesamte verfassungsmässige Aufgabenspektrum hätte abdecken sollen, ist grosso modo eine Raumsicherungsarmee geworden. Das wäre eine redliche Feststellung.

Welchen Leitbildern soll man folgen? Kann man aus der Geschichte lernen? Wie erwirbt man politische Klugheit? Um diese Themen kreisen die Gedanken Helmut Schmidts 25 Jahre nach dem Ende seiner Amtszeit. Seine prophetischen Gedanken zur hemmungslosen Börsenspekulation und zur Globalisierung der Kapitalmärkte wären einen weiteren Artikel wert. Schmidt appelliert an die Moral der Eliten in seinem Land. Seine Gedanken und Appelle sind an keine geographischen Grenzen gebunden und dürfen ohne weiteres auch südlich des Rheins über alle Parteigrenzen hinweg zur Kenntnis genommen und sogar beherzigt werden.

Simon Küchler, Korpskommandant a D und letzter Vertreter der Miliz als Kommandant des Gebirgsarmeekorps 3 von 1993–1999, ist Vizepräsident von Pro Militia.

* Helmut Schmidt:
Ausser Dienst – eine Bilanz.
350 Seiten, gebunden.
Siedler-Verlag, München 2008.
ISBN 978-3-88680-863-2.
Euro 26.–

Aktion Aktivdienst

Bundesverfassung und Entwaffnung

Hans Wächter

Dieser Beitrag soll zwei Beispiele aus den laufenden Militärdiskussionen beleuchten. Erstens möchte ich den Einsatz von Lehrpersonen des Departements VBS an dessen Veranstaltungen aufzeigen und zweitens die im Gange befindliche Entwaffnung in unserer Armee beanstanden.

Für das erste Thema kommen wir auf den letzten Anlass von «Chance Miliz» vom 18. Oktober 2008 in Luzern zu sprechen. Auch an dieser Veranstaltung hat man einen so genannten Militärexperten eingesetzt. Wir haben in unserer seinerzeitigen Wochennachricht Nr. 59 vom 29. Mai 2007 unter anderem über Aussagen des Herrn Karl W. Haltiner an einer Veranstaltung der Offiziersgesellschaft Winterthur berichtet. Seinen Exkurs über die Bundesverfassung – «man kann damit spielen» – bezeichneten wir als unverantwortlich und unannehmbar.

Von einer Reaktion des Herrn Departementschefs haben wir nie etwas gehört. Solche Referenten gehören ausgemustert. Wenn hier nicht Remedur geschaffen wird, so muss man nicht erstaunt sein, dass die seitens des Departements VBS und der Politik bevorzugten sicherheitspolitischen Berichte unter anderem dazu dienen, die Bundesverfassung zu umgehen.

Für das zweite Thema «Entwaffnung» kommen wir auf den bundesrätlichen Entscheid vom 12. Mai 2005 zum sogenannten Entwicklungsschritt 2008/11 zurück. Die Auswirkungen auf die Armee XXI sind in der «Grundgliederung der Schweizer Armee» vom 1. März 2008 festgehalten. Dazu gehört auch die letzte Seite mit – unter anderem – den Beständen an Personal und Fahrzeugen. Es sind dort keine Panzer-Minenwerfer und keine Transportfahrzeuge für Panzerabwehr – Lenk Waffen (bisher «Dragon») aufgeführt. Der Bundesrat

hat den Bestand an Kampftruppen auf rund 51'500 Mann reduziert und festgehalten, dass bei der Reserve allenfalls Einsparungen bei den Waffensystemen möglich seien.

Wir haben diese bundesrätlichen Entscheide von Anfang an als «Entwaffnung» bezeichnet. Es ist unverständlich, unkonsequent und unverantwortlich, wenn die Infanterieformationen mit eigenen Feuerunterstützungsmitteln von nur dreitausend Metern Schussweite ins Gefecht treten sollen. Das ganze System ihrer Feuerunterstützung ist unverzüglich zu überarbeiten. Der notwendige Finanzrahmen ist anzupassen.

Hans Wächter ist Divisionär a D, ehemaliger Kommandant der Zentralschulen und Präsident der Aktion Aktivdienst.
www.armee-aktivdienst.ch

www.promilitia.ch

Besuchen Sie die Internet-Seite!

Visitez le site internet!

Visitate il sito internet!

Buchempfehlung Recommandation de livre Lettura raccomandata

Das bewegte und bewegende Leben des Schweizer Turnvaters Ernst Strupler *

Ernst Strupler, geboren 1918 im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges, führte zeitweise ein fast atemloses Leben. Als aktiver Sportler war er Handballer, militärischer Mehrkämpfer, Skirennfahrer und Wasserspringer mit Olympiateilnahme 1948 in London. Beruflich lebte er für den Sport. Nach seinem Studienabschluss 1947 war er Hochschulsportlehrer in Zürich, Methodiklehrer am Zürcher Oberseminar und Vorsteher des Sportamtes der Stadt Zürich. 1962 kam er als Sportlehrer an die Universität Bern und wurde dort 1972 Leiter des neuen Instituts für Leibeserziehung und Sport. Er war mit sechs Kindern Vater einer grossen Familie, welche die Höhen und Tiefen seiner ungewöhnlichen Laufbahn hautnah miterlebte. Daneben war er Offizier und leistete Aktivdienst

während des Zweiten Weltkrieges von 1939 bis 1945. Lassen wir ihn seine militärische Laufbahn gleich selbst schildern (aus einer – etwas ergänzten – Aufschreibung von 1970).

Als junger Bursche träumte ich immer davon, Flieger zu werden. Ich meldete mich darum bei der Rekrutierung zur Fliegertruppe und bestand anschliessend auch die psychotechnischen Prüfungen, die für Pilotenanwärter vorgeschrieben waren. Während der Rekrutenschule war der Pilotentraum abrupt zu Ende. Die Fliegertruppe stand damals vor der Einführung des C-36 Mehrzweck-Zweisitzers, und für diese C-36 brauchte es viele Beobachter. Unsere Vorgesetzten erzählten uns, dass die Beobachter die Chefs in diesen Flugzeugen seien, dass man dort nur vortreff-

liche Offiziere haben könne, und dass zahllose Studenten damals zu Beobachtern ausgebildet wurden. Auch ich war unter ihnen und erhielt 1940 das Beobachter-Brevet. Trotzdem war die Enttäuschung gross, aber es galt zu gehorchen, standen wir doch damals mitten im Krieg. Die C-36 war aber als Beobachtermaschine ein vollständiger Fehlschlag. Als Oberstdivisionsonär Friedrich Rihner 1944 die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen übernahm, löste er die Beobachterkompanien auf. Deren Offiziere wurden für alle möglichen Aufgaben verwendet. Ich hatte damals noch Glück, denn ich kam 1944 als Nachrichtenoffizier in ein Fliegerabwehrregiment, dem Oberst Eugen Dietschi, der bekannte Nationalrat, vorstand. Unter seinem Kommando hatte ich den ganzen Fliegerüberwachungsdienst für ein verstärktes Fliegerabwehrregiment von Basel bis nach Stein am Rhein aufzubauen. Das war eine interessante Arbeit, die mich wenigstens zeitweise tröstete. Nach dem Aktivdienst und geleiteten 1400 Dienstagen bis zum Hauptmann wurde ich 1946 Sport und Alpinoffizier der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen und durfte dort das Kurswesen auf- und ausbauen. Während Jahren hatte ich in unseren Gebirgskursen eine grosse Genugtuung, denn ich sah, welche eminent wichtige Funktion der freiwillige Gebirgsdienst unserer Soldaten hatte: eine Funktion der moralischen Aufrüstung und eine Funktion, die der Truppe nicht nur körperliche Fitness, sondern auch Liebe zur Heimat vermittelte.

Sabina Geissbühler-Strupler hat das vielfältige Leben ihres Vaters Ernst Strupler und seiner Familie als ein Stück Zeitgeschichte und mit viel Einfühlungsvermögen in



zum Teil sehr persönlichen Schlaglichtern nachgezeichnet. Sie verschweigt tragische Schicksalsschläge nicht, welche die Familie schwer getroffen haben. Die Autorin will «das hindernisreiche, aber von einem grossen inneren Feuer geleitete Wirken Ernst Struplers auch anderen Menschen zugänglich machen.» Es ist ihr sehr gut gelungen, ihre Absicht zu verwirklichen.

Heinrich L. Wirz

* Sabina Geissbühler-Strupler:
Der rastlose Erdgeist – Das bewegte Leben des Schweizer Turnvaters Ernst Strupler.
269 Seiten, 41 Abbildungen, gebunden.
Birkenhalde Verlag, Winterthur 2008.
ISBN 978-3-905172-52-2.
Verkaufspreis: Fr. 37.–.
Erhältlich in jeder Buchhandlung oder beim Verlag: Mattenbachstrasse 2, 8411 Winterthur,
Tel. 052 234 52 33, Fax 052 234 52 53.
info@birkenhalde-verlag.ch



Die Brüder Hauptmann Ernst (Beobachter, im Flugzeug) und Leutnant Hans Strupler (Pilot, stehend) vor einem C-3604 Mehrzweck-Zweiziter (Fernaufklärer und Erdkämpfer, im Einsatz 1947–1956)

ARBEITSKREIS GELEBTE GESCHICHTE GROUPE DE TRAVAIL HISTOIRE VÉCUE GRUPPO DI LAVORO STORIA VISSUTA

Herbert R. Reginbogin : «Guerre et neutralité – Les neutres face à Hitler»

Dans ce livre, l'historien américain Herbert R. Reginbogin* compare l'attitude des autres Etats neutres avec celle de la Suisse durant la Deuxième Guerre mondiale. L'historien démontre, exemples à l'appui, que la Suisse, en dépit de sa situation d'encerclement, a fait mieux que ces Etats sur bien des plans (échanges commerciaux avec les belligérants, transactions financières ou portant sur l'or, accueil de réfugiés, etc). Publié en français par le Groupe de Travail Histoire Vécue, ce livre apporte un nouvel éclairage sur la position de la Suisse durant la Guerre et renverse bien des idées reçues.

Le 16 octobre, le Groupe de Travail Histoire Vécue (GTHV) présentait le livre de l'historien américain Herbert R. Reginbogin «Guerre et neutralité – Les neutres face à Hitler», version française de l'ouvrage «Der Vergleich – Die Politik der Schweiz zur Zeit des Zweiten Weltkriegs im internationalen Umfeld».** Cet ouvrage de référence,

dont la traduction française a été assurée par Jean-Jacques Langendorf, paraît aux Editions Cabédita.

De nombreux livres consacrés à l'histoire de la Deuxième Guerre mondiale tendent à présenter la neutralité comme immorale, voire condamnable, et dépassée. Dans son étude scientifique, s'appuyant sur des sources aujourd'hui déclassifiées, l'auteur, qui enseigne actuellement à l'Université européenne de Lefke, en République de Chypre du Nord, compare l'attitude de la Suisse dans ses relations avec les belligérants à celle des autres Etats neutres.

Partant des conséquences de la crise mondiale des années 30 et de la montée du national-socialisme, l'auteur explique pourquoi les Etats neutres, en particulier la Suisse et les Etats-Unis – ces derniers se déclarant neutres jusqu'à Pearl Harbor, à fin 1941 – étaient d'avis qu'une politique de neutralité servait au mieux leurs intérêts nationaux. Pour la Suisse, encerclée par les pays de l'Axe, exposée simulta-

nément aux mesures de blocus des Alliés et au contre-blocus des Allemands, le respect des principes de la neutralité et du droit des gens a été vital pour sa survie.

Par son analyse approfondie de la manière dont les autres Etats neutres appliquaient les principes de la neutralité dont ils se réclamaient, H.R. Reginbogin contribue, en remettant en perspective ce que fut véritablement le rôle de la Suisse, à mieux faire comprendre la situation particulière de notre pays durant les années sombres de la Deuxième Guerre mondiale. Ce faisant, il réfute les attaques lancées par certains milieux contre la Suisse, et spécialement l'affirmation absurde selon laquelle la Suisse neutre se serait rendue complice des visées funestes des nazis. Disponible désormais en français, l'étude de H. R. Reginbogin montre combien d'autres Etats neutres se sont écartés, parfois sans être exposés aux pressions subies par la Suisse, des principes même de la neutralité. Grâce au maintien de celle-ci, la

Suisse a finalement davantage servi la cause des Alliés que si elle s'était laissée entraîner à mettre fin à ses relations avec le IIIème Reich.

Le Groupe de Travail Histoire Vécue a vu le jour à la fin des années 90, lors des attaques lancées contre notre pays à propos de son attitude pendant la Deuxième Guerre mondiale. Des témoins de l'époque, issus des milieux politiques, économiques, scientifiques, diplomatiques et militaires, ont créé le GTHV et se sont vigoureusement engagés en faveur d'une présentation juste et équilibrée de l'histoire de la Suisse durant cette période troublée. Le GTVH a déjà publié deux ouvrages – «La Suisse face au chantage» et «La Suisse au pilori?» – qui lui ont permis de concrétiser ses positions et de répondre aux attaques dirigées contre notre pays tant de l'extérieur que de l'intérieur même de celui-ci.

*Herbert R. Reginbogin: Guerre et neutralité – Les neutres face à Hitler.
Publié par: Groupe de Travail Histoire Vécue (GTHV).
Editions Cabédita, CH-1169 Yens sur Morges.
362 pages, broché.
ISBN: 978-2-88295-538-8.
Francs 39.– en vente en librairie.

Étude III du divisionnaire Müller

Vous trouverez en annexe du présent numéro de «Pro Militia» un bulletin de versement pour commander la récente troisième étude du divisionnaire à. d. Paul Müller, intitulée «Structures et procédés de la conduite et de l'administration de l'armée» parue le 26 septembre 2008.

Pro Militia remercie l'auteur, ancien sous-chef d'état-major planification de l'armée et commandant de la division de campagne 5, pour son travail une nouvelle fois parfaitement professionnel. Nous renvoyons à l'article de la «Neue Zürcher Zeitung» du 27/28 septembre 2008 que nous reproduisons dans nos colonnes.

L'étude de 20 pages, illustrée, en langue allemande, peut être commandée en versant 15 francs pour l'impression et les frais d'envoi (coût de revient). (réd.)

** Herbert R. Reginbogin:
Der Vergleich – Die Politik der Schweiz zur Zeit des Zweiten Weltkriegs im internationalen Umfeld. Herausgeber: Arbeitskreis Gelebte Geschichte (AGG). Th. Gut Verlag, Stäfa 2006.
304 Seiten, gebunden.
ISBN: 3-85717-176-6; 978-85717-176-5.
Fr. 28.–, erhältlich im Buchhandel.

Studio III del divisionario Müller

Al presente numero di «Pro Militia» è allegata una polizza di versamento utilizzabile per ordinare il terzo e più recente studio del divisionario a riposo Paul Müller dal titolo *Strutture e processi della condotta e dell'amministrazione dell'esercito*, solo in tedesco) del 26 settembre 2008.

Pro Militia ringrazia l'autore, già sottocapo di stato maggiore della pianificazione dell'esercito e comandante della divisione di campagna 5 fino al 2003, per il suo lavoro altamente professionale. Al riguardo, rimandiamo alla recensione apparsa nella Neue Zürcher Zeitung del 27/28 settembre 2008 e ripresa nel presente numero.

Lo studio in lingua tedesca (20 pagine, con illustrazioni) può essere ordinato versando 15 franchi per la stampa e la spedizione (prezzo di costo). (Red.)

Studie III von Divisionär Müller

Dieser Ausgabe von «Pro Militia» liegt ein Bestell-Einzahlungsschein bei, um die dritte und neueste Studie von Divisionär a D Paul Müller mit dem Titel *Strutture und Prozesse der Führung und Verwaltung der Armee* vom 26. September 2008 zugeschickt zu erhalten.

Pro Militia dankt dem Autor, ehemaliger Unterstabschef Planung der Armee und Kommandant der Felddivision 5 bis 2003, für seine erneut hochprofessionelle Arbeit. Wir verweisen auf die Besprechung in der Neuen Zürcher Zeitung vom 27./28. September 2008, abgedruckt in der vorliegenden Zeitung.

Die zwanzigseitige, illustrierte Studie in deutscher Sprache kann durch Einzahlung von 15 Franken für Druck und Versand (Selbstkosten) bestellt werden. (Red.)

**Zeitung «Pro Militia» sucht Chefredaktor-Stellvertreter**

Absicht des Leitenden Ausschusses ist eine personelle Verjüngung und Verstärkung der Redaktion der Zeitung «Pro Militia» und der Webseite www.promilitia.ch

Anforderungen sind gründliche sicherheitspolitische und militärische Kenntnisse, journalistisch-publizistische Erfahrung / Lernfähigkeit, Sprachkenntnisse deutsch/französisch/italienisch (ohne Übersetzungen) und Vertrautheit mit PC und Internet.

Die ehrenamtlich-professionelle Tätigkeit mit Ersatz von Auslagen eignet sich auch für einen kürzlich pensionierten Berufsoffizier und/oder Militärbeamten. Sie ermöglicht nach Einarbeitung, die Türen zur Medienwelt zu öffnen einschliesslich der einschlägigen Fachpublizistenverbände und dem Zutritt zum Medienzentrum Bundeshaus und zum Parlamentsgebäude.

Spricht «Pro Militia» Sie an? Dann melden Sie sich beim Chefredaktor für ein persönliches Gespräch (Adresse siehe Impressum!). Ihre Anfrage wird diskret behandelt. (Red.)

**Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates
Sitzung vom
11. November 2008****Rüstungsprogramm 2008****Fragen und Auftrag an den Bundesrat**

Der Bundesrat wird beauftragt, bis zum 1. Dezember 2008 den Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte einen Folgebericht vorzulegen, welcher insbesondere folgende Punkte zum Inhalt hat:

1. Zu den in den diversen Berichten aufgezeigten Mängeln ist ein Zeitplan zu erstellen, welcher aufzeigt, wie und bis wann diese behoben werden.

2. Im Bericht ist dargelegt, wie und bis wann bei den Milizkadern die Sollbestände erreicht werden können.

3. Im Bericht ist darzulegen, wie die Stäbe und Verwaltungsstrukturen auf das absolut Notwendige reduziert werden können.

4. Im Bericht soll aufgezeigt werden, in welchem zeitlichen Rahmen die Probleme bei der Logistik gelöst werden können.

5. Der Zusatzbericht soll zeigen, wie der verfassungsmässige Auftrag der Verteidigung sichergestellt wird.

6. Der Bericht hat aufzuzeigen, wie die allgemeine Militärdienstpflicht nach Art 59 BV angesichts der Tatsache, dass immer neue Gründe für die Dienstuntauglichkeit definiert werden, noch gewährleistet ist.

**Sessione invernale delle Camere federali
dal 1° al 19 dicembre 2008**

Programma della sessione: www.parlament.ch

Progetti legislativi politico-militari

oggetto di una probabile

procedura di appianamento delle divergenze tra

Consiglio nazionale e Consiglio degli Stati:

08.024 - Programma d'armamento 2008

08.027 - Modifica della legislazione militare

**Wintersession der Eidgenössischen Räte
vom 1. Dezember bis 19. Dezember 2008**

Sessionsprogramm: www.parlament.ch

Voraussichtliche militärpolitische Vorlagen mit je Differenzbereinigung National-/Ständerat:

08.024 – Rüstungsprogramm 2008

08.027 – Änderung der Militärgesetzgebung

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 20.– / Cotisation annuelle frs. 20.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

**Impressum**

Nummer / Numéro / Numero
4/2008, 24.11.2008

18. Jahrgang / 18e année /
18a annata

Erscheint vierteljährlich /
Paraît trimestriellement /
Trimestrale

Druckauflage / Tirage /
Tiratura: 5'000

Redaktionsschluss /
Délai de rédaction /
Termine di redazione 1/2009:
23.01.2009

Erscheinungsdatum /
Date de parution /
Data di pubblicazione
1/2009: 23.02.2009

Herausgeber / Editeur /
Editore
Pro Militia
Vereinigung ehemaliger und
eingeteilter Angehöriger der
Schweizer Armee

Association d'Anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito Svizzero

Präsident / président / presidente: André Liaudat
Vizepräsidenten / vice-présidents / vicepresidenti: Jean Abt, Simon Kähler
Presidente Sezione della Svizzera Italiana: Angelo Polli

Redaktion / Rédaction /
Redazione:
Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten BE
Telefon / téléphone / telefono:
031 / 301 79 13,
Telefax: 031 / 302 77 24
redaktion@promilitia.ch

Geschäftsstelle / Secrétariat /
Ufficio
Postfach / Case postale /
Casella postale 369, 3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9
www.promilitia.ch

Druck und Versand /
Impression et expédition /
Stampa e spedizione:
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

ISSN 1662-5560

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten /
Tous droits réservés /
Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea

Pro Militia: Medienmitteilung vom 19. September 2008

Pro Militia bemängelt VBS-Führungsorganisation, fordert deren Überprüfung und schlägt bessere Strukturen in VBS und Armee vor

Das Patronatskomitee von Pro Militia sorgt sich um den guten Ruf der Milizarmee und wehrt sich gegen undifferenzierte Aussagen, wie «Chaos-Armee» oder «Schrott-Armee». Pro Militia stellt fest, dass die Miliz-Truppenverbände in den Wiederholungskursen (WK) trotz mangelnder Unterstützung aus Bundesbern in aller Regel ihren Auftrag erfüllen. Sie sind es, denen in erster Linie die Verdienste um die Sicherheit des WEF und der EURO 2008 zukommen. Die Lehrverbände leisten in den Rekruten- und Kadernschulen trotz des grossen Lehrpersonalmanagements und unter schwierigen Verhältnissen ebenfalls gute Arbeit.

Die Fehlleistungen, unter anderem die Besetzungen hoher Kommandostellen, welche die anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen verursachen und zur heutigen unhaltbaren Situation geführt haben, sind der Führung und den jetzigen Strukturen des Verteidigungsde-

partments (VBS) anzulasten und nicht der Milizarmee.

Pro Militia begrüsst deshalb den Entscheid parlamentarischer Behörden, gewisse Bereiche des VBS und die Armee durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) überprüfen zu lassen. Pro Militia erwartet dabei, dass nicht nur das Auswahlverfahren für höhere Kommandostellen, die Informationsführung des VBS und die Logistik untersucht, sondern die gesamten VBS-Strukturen kritisch überprüft werden. Diese heutigen Strukturen sind letztlich Mitursache der Fehlleistungen, denn das VBS XXI ist eine schwerfällige Militärbürokratie mit zu vielen Hierarchiestufen, zu vielen Stäben und mit unklaren Abläufen und Zuständigkeiten. Diese Erkenntnisse wurden durch die Armee-Stabsrahmenübung «STABILO 07» bestätigt. Da helfen keine kosmetischen Retouchen, sondern nur eine konsequente Straffung der VBS-Verwaltung.

Pro Militia hat durch den ehemaligen Planungschef, Divisionär a D Paul Müller, eine Studie ausarbeiten lassen, welche die Schwächen des heutigen VBS aufzeigt und Verbesserungen vorschlägt. Sie wird diese Studie der GPK, weiteren politischen Instanzen und den Medien zur Verfügung stellen. Im Rahmen der Überprüfungen fordert Pro Militia, dass die längst fälligen Korrekturen zu Gunsten der Milizarmee eingeleitet werden. So ist zum Beispiel die gesetzeswidrige Trennung von Einsatz- und Ausbildungsverantwortung (Art. 48 Militärgesetz) aufzuheben. Die Truppenverbände sind einsatzgerecht zu gliedern, und die unführbaren und übergrossen WK-Bestände – bisher reine Ausbildungsverbände – sind zwecks Einsatztauglichkeit zu reduzieren.

Pro Militia erwartet von der GPK und den verantwortlichen politischen Instanzen, dass sie nach dem Grundsatz des Primats der Politik klare Ziele setzen zu einer positiven Weiterentwicklung unserer Milizarmee, die den heutigen und künftigen Gegebenheiten Rechnung trägt. Sie setzt dabei voraus, dass alle zuständigen politischen Behörden von Bund und Kantonen ihre Verantwortung ernsthaft wahrnehmen.

Pro Militia: Communication aux médias du 19 septembre 2008

Pro Militia critique l'organisation de la conduite du DDPS, exige son examen et propose de meilleures structures au DDPS et à l'armée

Le comité de patronage de Pro Militia s'inquiète de la bonne réputation de l'armée de milice et s'oppose aux déclarations indifférenciées telles «armée du chaos» ou «armée à la casse». Pro Militia constate que les formations de la milice en cours de répétition (CR) remplissent en général leur mission, malgré le manque de soutien de la centrale à Berne. C'est à elles que revient en première ligne le mérite de la sécurité lors du WEF et de l'EURO 2008. Malgré la grande pénurie en personnel enseignant, les formations d'application accomplissent dans les écoles de recrues et de cadres également un bon travail dans des conditions difficiles.

Les faux pas, parmi lesquels les nominations pour de hauts commandements, qui causent les disputes publiques continues et qui ont amené l'actuelle situation intenable, doivent être imputés à la conduite et aux structures actuelles du Département de la défense (DDPS) et pas à l'armée de milice.

Aussi Pro Militia se réjouit-elle de la décision des organes du Parlement de faire examiner certains domaines du DDPS et l'armée par la Commission de gestion (CdG). Pro Militia attend que soient examinés de manière critique non seulement la procédure de sélection des cadres supérieurs, la conduite de l'information du DDPS et la logistique, mais également l'ensemble des structures du DDPS. En fin de compte, ces structures actuelles sont coresponsables des faux pas, car le DDPS XXI est une bureaucratie militaire engourdie avec trop de niveaux hiérarchiques, d'états-

majors et avec des procédés et des compétences peu clairs. L'exercice d'état-major de l'armée «STABILO 07» a confirmé ces évidences. Des retouches cosmétiques ne suffisent pas; il faut réduire à l'essentiel l'administration du DDPS.

Pro Militia a fait élaborer par le divisionnaire retraité Paul Müller une étude par laquelle l'ancien chef de la planification de l'armée démontre les déficiences du DDPS actuel et propose des corrections. Pro Militia mettra cette étude à la disposition de la CdG, d'autres instances politiques et des médias. Dans le cadre de ces examens, Pro Militia exige que les corrections en faveur de la milice, nécessaires depuis longtemps, soient amorcées. Ainsi par exemple la dissociation des responsabilités de l'engagement et de l'instruction, contraire à la loi (art. 48 Loi militaire), doit être supprimée. Les formations de troupe doivent être articulées eu égard à l'engagement, et les effectifs des CR – à l'heure actuelle de pures formations pour l'instruction – qui sont beaucoup trop forts et impossibles à conduire, doivent être réduits pour obtenir une aptitude à l'engagement.

Pro Militia attend de la CdG et des instances politiques responsables qu'elles appliquent le principe de la primauté de la politique en fixant des objectifs clairs pour un développement de notre armée de milice qui tienne compte des données actuelles et de celles du futur. Elle présuppose que toutes les autorités politiques de la Confédération et des Cantons assumeront sérieusement leurs responsabilités.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates verlangt vom VBS einen Aktionsplan

Medienmitteilung vom 17. Oktober 2008 (Auszug)

Ausgehend von einer intensiven Diskussion der Erfahrungen mit Armee XXI, der Erkenntnisse aus der Übung «STABILO 07» sowie des Masterplans 2008-2015 der Armee verlangt die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates vom Chef VBS einen Aktions- und Zeitplan, welcher aufzeigt, wie – ausgehend von der für 2009 angekündigten Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts – die Entwicklung der Armee auf den verschiedensten Ebenen (insbesondere Aufträge, Struktur, Finanzen) ausgerichtet werden soll. Die Kommission beklagt die zunehmende Inkongruenz zwischen Armeeauftrag und den zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) befasste sich intensiv mit dem Masterplan der Armee 2008-2015 sowie mit dem Stand der Umsetzung des Konzeptes Armee XXI unter Einbezug der Lehren, welche sich betreffend Armeeführung aus der im vergangenen Jahr durchgeführten Übung «STABILO 07» ergeben haben. Die Kommission äusserte dabei ihr Anliegen, dass auf allen Stufen (auch in der Politik) verstärkt dafür gesorgt werden muss, dass die Aufträge und die zur Verfügung stehenden Mittel wieder besser übereinstimmen: Insbesondere am Beispiel der Luftwaffe kam sie zum Schluss, dass sich hier in

vielen Bereichen ein besorgniserregendes Delta aufgetan hat. Die SiK-S hatte keine Beschlüsse zu fassen, verlangt vom Chef VBS jedoch, einen Aktions- und Zeitplan vorzulegen, welcher darlegt, wie nach erfolgter Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts auf sämtlichen für die Armee relevanten Ebenen vorgegangen werden soll.

Insbesondere legt die Kommission Wert darauf, dass künftig bereits bei der Definition der Armeeaufträge auch der entsprechende Finanzrahmen festgelegt wird; damit soll verhindert werden, dass der Armee Aufgaben übertragen werden, für die im Nachhinein gar keine adäquaten Mittel gesprochen werden. Die Kommission begrüsst es zudem ausdrücklich, dass die auf die Armeeführung fokussierte Übung «STABILO 07» offen und ungeschminkt analysiert wurde, dass die nötigen Lehren daraus gezogen worden sind und dass sich nun die Armeeführung auf allen Ebenen positiv weiterentwickeln kann. Die SiK-S liess sich vom Chef VBS im Detail über die Erfahrungen mit der auf Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen und inzwischen rückgängig gemachten Neuerung betreffend den Wachtdienst mit geladener Waffe informieren. Die Kommission nahm dabei zur Kenntnis, dass der Wachtdienst mit geladener Waffe – wie bis Ende vergangenen Jahres – wieder vom Regel- zum Ausnahmefall wird, so-

mit also trotzdem möglich bleibt, wenn es die Situation erfordern sollte. Die Kommission legt zudem Wert darauf, dass die Truppe, welche nun für den Wachtdienst zusätzlich mit Reizstoffgeräten (Pfeffersprays) ausgestattet wird, umfassend ausgebildet wird; sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass mit dem Pfefferspray den Wacht habenden Soldaten ein zusätzlicher Eskalationsschritt zur Verfügung steht. Die Kommission erachtet die Regelung des Wachtdienstes als eine rein operative Angelegenheit; trotzdem wird sie sich auch in Zukunft mit deren Auswirkungen auseinandersetzen.

Die SiK-S hatte des weiteren fünf Motionen zu beraten, welche der Nationalrat in der Herbstsession angenommen hatte. Davon sind nachfolgend drei aufgeführt. (Red.)

07.3586 Motion Amstutz. Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Luftwaffe. Die Motion verlangt vom Bundesrat, das gültige Stationierungskonzept der Luftwaffe zu überprüfen, insbesondere die Konzentration auf drei Flugplätze mit Jetflugbetrieb. Die SiK-S lehnt die Motion einstimmig ab. Sie weist darauf hin, dass die Räte das Anliegen der Motion bereits im Rahmen der Behandlung der Legislaturplanung abgelehnt hatten, dies nicht zuletzt auch aus finanziellen Überlegungen.

07.3597 Motion (Burkhalter) Brunschwig Graf. Lufttransportpool für zivile und militärische Einsätze im Ausland. Die Motion verlangt vom Bundesrat ein neues Konzept für Transportflugzeuge zur Unterstützung ziviler und militärischer Einsätze im Rahmen der humanitären Hilfe und der Friedensförderung im Ausland. Die Kommission stimmt der Motion einstimmig zu. Der Ständerat hatte im Rahmen des Rüstungsprogramms 2004 für den Kauf von Transportflugzeugen ge-

stimmt (was schliesslich aber im Nationalrat scheiterte). Die SiK-S erachtet es nun als eine Aufgabe der Legislative (und nicht der Exekutive), dieses Dossier erneut zu lancieren.

05.3315 Motion (Banga) Widmer. Perspektiven für Berufsmilitär und Zeitsoldaten. Die Motion verlangt vom Bundesrat, ein Aktionsprogramm vorzulegen, das insbesondere dem militärischen Berufspersonal und den Zeitsoldaten neue Perspektiven ermöglicht. Die Kommission liess sich über den aktuellen Stand der Dinge bei der Personalentwicklung in VBS und Armee detailliert ins Bild setzen und empfiehlt die Motion einstimmig zur Ablehnung, da sie als weitgehend erfüllt betrachtet: Die von der Motion mit Stand 2005 ins Auge gefassten Massnahmen sind entweder bereits umgesetzt oder zumindest eingeleitet worden. Die SiK-S liess sich schliesslich auch ausführlich über die aktuellen Entwicklungen der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz informieren und hat vom entsprechenden Bericht des Bundesrates vom 10. September 2008 Kenntnis genommen (08.065);

auch wurde sie zum Verhandlungsmandat für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Ausseengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) konsultiert.

Sesssion d'hiver des Chambres fédérales
du 1^{er} décembre au
19 décembre 2008

Programme de la session:

www.parlement.ch

Sujets probables en matière de politique militaire avec procédure d'élimination des divergences:

08.024 – Programme d'armement 2008
08.027 – Modification de la législation militaire

La Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats réclame un plan d'action de la part du DDPS

Communication aux médias du
17. octobre 2008 (Extrait)

Après avoir mené un débat animé sur le bilan d'Armée XXI, sur les conclusions tirées de l'exercice «STABILO 07» et sur le plan directeur de l'armée pour les années 2008 à 2015, la Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats (CPS-E) demande au chef du DDPS de dresser un plan d'action assorti d'un calendrier. Ce plan devra présenter les orientations à donner à l'évolution de l'armée à tous niveaux (et notamment: mandats, structure et financement), à la lumière du rapport remanié sur la politique de sécurité prévu pour 2009. La commission relève, en le déplorant, que les moyens alloués à l'armée sont de moins en moins à la hauteur de ses missions.

La Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats (CPS-E) s'est longuement penchée sur le plan directeur de l'armée pour les années 2008 à 2015, ainsi que sur l'état d'avancement de la mise en œuvre d'Armée XXI, en tenant compte des enseignements que l'exercice «STABILO 07» (en novembre 2007) a permis de tirer quant à la conduite de l'armée. A cette occasion, la commission a fait valoir qu'il était nécessaire que tous les acteurs, y compris politiques, veillent à ce que les mandats confiés à l'armée soient à nouveau en adéquation avec les moyens mis à sa disposition, en citant notamment l'exemple préoccupant des forces aériennes. La CPS-E a demandé au chef du DDPS de préparer un plan d'action assorti d'un calendrier afin de présenter la marche à suivre à tous les niveaux concernant l'armée, une fois remanié le Rapport sur la politique de sécurité.

La commission a insisté en particulier sur la nécessité de ne plus à

l'avenir confier à l'armée de missions dont le financement n'ait été simultanément assuré, afin d'éviter que l'écart observé ne continue encore de se creuser. La commission a en outre salué le fait que l'exercice «STABILO 07», qui concernait notamment les cadres de l'armée, ait été analysé avec sincérité et objectivité, que les conclusions qui s'imposaient en aient été tirées et que cela ait permis à l'encadrement de l'armée de poursuivre ses missions dans de meilleures conditions. La CPS-E a entendu le chef du DDPS qui lui a exposé en détail les expériences faites avec le nouveau modèle de garde des ouvrages militaires par des soldats équipés d'une arme chargée, modèle introduit en début d'année et abandonné entre-temps.

La commission a pris acte du fait que la garde avec arme chargée ne serait plus appliquée que dans des cas exceptionnels et pour autant que la situation l'exige (comme c'était le cas jusqu'à la fin de l'an dernier), et que la troupe serait désormais équipée d'appareils de spray irritant (sprays au poivre). A ce sujet, la CPS-E juge capital que les soldats reçoivent une instruction ad hoc concernant l'emploi du nouvel outil mis à leur disposition. Elle entend suivre la question de la garde armée, malgré son caractère opérationnel.

La CPS-E a également examiné cinq motions adoptées par le Conseil national à la session d'automne. Trois motions sont mentionnées dans la suite. (réd.)

07.3586 Motion Amstutz. Assurer la disponibilité des Forces aériennes. La CPS-E a rejeté, à l'unanimité, une motion chargeant le Conseil fédéral d'examiner le

concept de stationnement actuel des Forces aériennes, en particulier la concentration de l'exploitation des avions à réaction sur trois aérodromes. La commission a souligné que, au cours des débats sur le programme de législation, les Chambres avaient déjà refusé un objectif semblable, en particulier pour des raisons budgétaires.

07.3597 Motion (Burkhalter) Brunschwig Graf. Pool de transport en faveur des engagements civils et militaires à l'étranger. A l'unanimité, la commission a approuvé ce texte, qui chargeait le Conseil fédéral d'étudier un concept nouveau concernant les moyens de transport en vue de soutenir les engagements civils et militaires à l'étranger, à titre humanitaire et en faveur de la paix. La CPS-E a considéré qu'il revient au législatif (et non pas l'exécutif) de remettre la question sur le tapis: en effet, si le Conseil des Etats avait voté en faveur de l'achat d'avions de transport dans le cadre du programme d'armement 2004, c'est le Conseil national qui avait finalement fait échouer le projet.

05.3315 Motion (Banga) Widmer. Perspectives des militaires de carrière et des militaires contractuels. La motion chargeait le Conseil fédéral de présenter un programme d'action qui donne de nouvelles perspectives au personnel militaire de métier et aux soldats contractuels. Après s'être procuré des informations détaillées sur la situation actuelle prévalant au DDPS et à l'armée en matière de développement du personnel, la commission a recommandé à l'unanimité le rejet de la motion, considérant que les mesures prévues, élaborées en 2005, ont déjà été prises ou qu'elles vont l'être incessamment.

La commission s'est également informée des derniers développements en matière de maîtrise des armements et de désarmement, et elle a pris connaissance du rapport concerné du Conseil fédéral en date du 10 septembre 2008 (08.065); enfin, elle a été consultée sur le mandat de négociations concernant les modalités de la participation suisse à l'Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des Etats membres de l'Union européenne (FRONTEX).

BILO 07» s'effectués l'année dernière. A cette occasion, la Commission a exprimé sa demande selon laquelle il faut procéder à tous les niveaux (également en politique), afin que les mandats correspondants soient mieux adaptés à la situation: en particulier, il faut faire référence aux forces aériennes, qui ont conclu que sur ce point il y a un écart préoccupant. Bien que nous n'ayons pas pris de décisions, la CPS-S demande au chef du DDPS de présenter un plan d'action – qui comprenne un calendrier – le quel illustre comment procéder à tous les niveaux pertinents pour l'exercice une fois révisé le rapport sur la politique de sécurité. Elle souligne en particulier la nécessité de définir à l'avenir une dotation financière déjà en phase de définition des mandats de l'exercice; ceci devrait empêcher que l'exercice ne soit financé par des mandats pour lesquels il n'y a pas de ressources suffisantes. La Commission est également lieta de constater que l'exercice «STABILO 07», centré sur les

Pro Militia

Le journal «Pro Militia» cherche un rédacteur en second

Le Comité de Pro Militia se propose de rajeunir et de renforcer la rédaction du journal «Pro Militia» et du site www.promilitia.ch.

Le profil d'exigences comprend de sérieuses connaissances en la matière de la politique de sécurité et des affaires militaires, de l'expérience journalistique, une ouverture d'esprit, des connaissances linguistiques allemand/français/italien (pas de traductions) et de l'expérience du traitement des données et de l'internet.

Cette activité professionnelle de volontaire, avec remboursement des frais, conviendrait également à un officier de carrière et/ou un employé du domaine militaire récemment mis à la retraite. Après un délai d'initiation, elle permet l'entrée dans le monde des médias, y compris les associations de journalistes spécialisés et l'accès au Centre des médias de la Confédération et au Palais fédéral.

«Pro Militia» vous tente-t-il? Alors prenez contact avec son rédacteur en chef pour une entrevue personnelle (adresse: cf. impressum). Votre démarche jouira d'une entière confiance.

La Commissione della politica di sicurezza del Consiglio degli Stati chiede un piano d'azione al DDPS

Comunicato stampa del 17 ottobre 2008 (estratto)

Prendendo spunto dall'intenso dibattito sulle esperienze con Esercito XXI, dalle conclusioni tratte dall'esercizio «STABILO 07», nonché dal programma pluriennale 2008-2011 dell'esercito, la Commissione della politica di sicurezza del Consiglio degli Stati chiede al capo del DDPS un piano d'azione con relativo scadenario che illustri – partendo dalla ri-elaborazione del rapporto concernente la politica di sicurezza, annunciata per il 2009 – il futuro assetto dell'esercito nei settori più svariati (in particolare man-

dati, struttura, finanze). La Commissione lamenta la crescente incongruenza tra il mandato dell'esercito e i mezzi a disposizione.

La Commissione della politica di sicurezza del Consiglio degli Stati (CPS-S) si è confrontata ampiamente con il programma pluriennale dell'esercito 2008-2015, nonché con lo stato di attuazione della concezione Esercito XXI, tenendo conto degli insegnamenti tratti in materia di conduzione dell'esercito nell'ambito dell'esercizio «STA-

dell'esercito, sia stato analizzato apertamente e obiettivamente, che siano state tratte le conclusioni che s'imponessero, che ora consentono all'inquadramento dell'esercito di procedere positivamente a tutti i livelli.

La CPS-S ha sentito il capo del DDPS, il quale ha esposto in dettaglio le esperienze fatte con il nuovo modello di servizio di guardia con l'arma carica, entrato in vigore all'inizio di quest'anno e nel frattempo revocato.

La Commissione ha preso atto del fatto che il servizio di guardia con l'arma carica ritorna a costituire l'eccezione anziché la regola – come fino al termine dello scorso anno – e che dunque potrà essere applicato in casi eccezionali, se la situazione lo richiede.

La Commissione giudica indispensabile che i militi siano istruiti in dettaglio sulle modalità d'impiego degli spray irritanti (spray al pepe) ora in dotazione dell'esercito; è lieta di constatare che lo spray al pepe offre ora uno strumento supplementare ai militi di guardia. Sebbene ritenga che il disciplinamento del servizio di guardia sia un elemento puramente operativo, continuerà anche in futuro ad occuparsi delle sue ripercussioni.

La CPS-S ha inoltre proceduto all'esame di cinque mozioni, accolte dal Consiglio nazionale nella sessione autunnale, tra cui le tre seguenti (red.):

07.3586 Mozione Amstutz. Assicurare la prontezza operativa delle forze aeree. La mozione chiede al Consiglio federale di riesaminare l'attuale concetto relativo agli stazionamenti delle forze aeree e in particolare il concentrazione in tre aerodromi dell'esercizio di volo degli aviogetti. La CPS-S respinge la mozione all'unanimità, sottolineando che anche le Camere hanno già scartato, non da ultimo per motivi finanziari, la proposta formulata dall'ammontone nell'ambito del dibattito sul programma di legislatura.

07.3597 Mozione (Burkhalter) Brunschwig Graf. Pool di trasporti a favore di impieghi civili e militari all'estero. La mozione chiede al Consiglio federale di studiare un nuovo concetto relativo ai mezzi di trasporto a sostegno degli impieghi civili e militari all'estero a scopo umanitario e a favore della pace. La Commissione accoglie la mozione all'unanimità precisando che il Consiglio degli Stati aveva approvato l'acquisto di velivoli da trasporto nell'ambito del dibattito sul Programma d'armamento 2004 e che in seguito il Consiglio nazionale non aveva però sostenuto tale proposta. La CPS ritiene quindi che questo dossier debba essere rilanciato dal Parlamento e non dal Governo.

05.3315 Mozione (Banga) Widmer. Prospettive per i militari di professione e i soldati a contratto temporaneo. La mozione chiede al Consiglio federale di presentare un programma d'azione in grado di conferire nuove prospettive in particolare al personale militare di professione e ai soldati a contratto temporaneo. La Commissione, dopo essere stata informata con precisione sulla situazione dello sviluppo del personale all'interno del DDPS e dell'esercito, ha deciso all'unanimità di respingere la mozione, ritenendo tali proposte già ampiamente realizzate: le misure suggerite in base alla situazione rilevata nel 2005 sono infatti già state messe in atto oppure sono perlomeno in fase di avvio.

La CPS-S è inoltre stata informata in modo esauriente sugli ultimi sviluppi in materia di politica di controllo degli armamenti e di disarmo della Svizzera, prendendo atto del corrispondente rapporto del Consiglio federale del 10 settembre 2008 (08.065); è infine stata consultata in merito al mandato di negoziazione relativo alla partecipazione della Svizzera all'Agenzia europea per la gestione della cooperazione operativa alle frontiere esterne degli Stati membri dell'Unione europea (FRONTEX).